369

Der Freiheits-kämpfer

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

74. Jahrgang – Nr. 77 – Sept. 2025

Widerstand in Wien

Steiner-Kaserne

Widerstand in „Oberdonau“

Aufzug der österreichischen Fahne beim Festakt zur Umbenennung des Amtsgebäudes STEINER

Worte des Chefredakteurs

Der Festakt in Innsbruck am 25. Juni bot für unsere Kameradschaft einen besondere Anlass zur Freude und Genugtuung. Das langjährige Vorstandsmitglied Ludwig Steiner wurde zum Namensgeber eines der wichtigsten Amtsgebäude des Bundesheers in Tirol. Dieter A. Binder würdigte in seiner Laudatio Steiners Rolle im Widerstand. Wir wollen uns aber auch an seine Leistungen als Diplomat und Politiker für Österreich nach 1945 erinnern.

Mehrere Beiträge behandeln bisher zu wenig bekannte Aspekte des Widerstands. Christian Mertens zeigt auf, welche Widerstandshandlungen in der Wiener Gemeindeverwaltung noch möglich waren. Ingrid Altmüller beschreibt in ihrem Buch die Aktivitäten gegen das NS-Regime in „Oberdonau". Dabei erfahren wir von den Kontakten des Zisterzienserstifts Wilhering zu den drei Gruppierungen der österreichischen Freiheitsbewegungen. Unserem Vorarlberger Autor Wolfgang Weber verdanken wir nähere Kenntnis von seinem Landsmann Monsignore Georg Peter Schelling, der seine publizistische Tätigkeit gegen den Nationalsozialismus vor 1938 mit sieben Jahren KZ-Haft in Dachau und Buchenwald zu büßen hatte.

Anhand zweier Beispielen gibt uns Karl Reder einen Einblick, welche Forschungen sich auf Basis der Gefangenenregister der Vollzugsanstalten des Dritten Reichs anbieten würden. Unsere Serie der Gedenksteine wird auch in dieser Ausgabe fortgesetzt. Franz X. Lackner berichtet von Veranstaltungen in Berlin anlässlich der Ereignisse des 20. Juli 1944.

Walter Tancsits macht sich Gedanken, welche Initiativen ein Bundeskanzler in der neuen Regierungkonstellation setzen könnte. Von Christoph Benedikter erhalten wir eine umfassende Darstellung der Hintergründe der Schließung des Dollfuß-Museums in Texing. Manche Vorgänge erscheinen dabei ziemlich merkwürdig.

Euer Paul Mychalewicz

INITIATIV WERDEN!

Seit einem halben Jahr hat Österreich eine „Dreier-Koalition". Finanzpolitische Sanierung und das Wiedererwecken der wirtschaftlichen Leistungskraft sind deren wahrlich schwierige Kernaufgaben. Eine Budgetkonsolidierung bei gleichzeitiger Belebung der Wirtschaft, Verbesserungen im Sozial- und Bildungssystem ohne Defiziterhöhung, sind eine große Herausforderung. Wie wir alle wissen, haben die letzten Jahre – Lockdowns, Sanktionen im Ukrainekrieg, Migrationswellen – zu erheblichen Einbrüchen und Schäden für die europäische Wirtschaft geführt. Das Regierungsprogramm beinhaltet Lösungen für sehr viele Bereiche und die sozialpartnerschaftliche Absicherung gerade der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik lässt in ein, zwei Jahren wieder einen Aufwärtstrend für Österreich erhoffen. Man sollte daher nicht nur von Einsparungen sprechen, sondern auch positive Initiativen ergreifen. Gerade der seriöse, beruflich erfolgreiche und von einer politischen Karriere unabhängige Bundeskanzler könnte in einigen Bereichen Eigeninitiativen ergreifen. Es geht hier nicht um ständiges Mitreden bei der Detailarbeit anderer Ministerien, sondern um Anregungen zur Umsetzung. Einige Vorschläge dazu sind:

Deregulierung und Entbürokratisierung: Das soll nicht nur Geld sparen, sondern Verbesserungen beschleunigen. Ein schnelles „Ja" oder „Nein" auf Anträge und Anfragen, wo immer es geht ohne aufwendige Zusatzgutachten, sollte das Ziel sein. Neue Normen, Verordnungen und auch gesetzliche Regelungen sollten mindestens zwei alte aufheben.

Investitionen, die der Industrie neue Aufgabenbereiche ermöglichen, sollten trotz aller Sparmaßnahmen möglich sein. Unter dem Rückgang der deutschen Autoindustrie leiden viele österreichische Zulieferer. Daher müssen zukunftsträchtige Projekte, wie etwa nichtfossile Energiegewinnung, gefördert werden.

Die Erwerbstätigkeit unserer Bürgerinnen und Bürger braucht dringend positive Anreize und geeignete Maßnahmen. Man kann über die Geringfügigkeitsgrenze reden. Das Einfrieren wird aber nichts bringen. Vielmehr sollte der Einstieg in die Sozialversicherungszahlung gleitend gestaltet werden. Beginnend etwa mit zehn Prozent des Beitrags, wenn der Verdienst 150 Euro unterhalb der Geringfügigkeitsgrenze liegt, die Hälfte an der Geringfügigkeitsgrenze und die volle Zahlung, wenn der Verdienst 150 Euro darüber erreicht. Auch die Aufforderung, von Teilzeit auf Vollzeit umzusteigen, sollte von der Initiative begleitet werden, bei der Mehrarbeit nicht einen Verlust von 20 Prozent des Netto-Stundenlohns zu erleiden. Das wird nämlich von den Betroffenen – meist sind es Frauen – als „Strafsteuer für´s Arbeiten" empfunden. Das gleiche gilt für die Anregung, länger zu arbeiten. Man hat sich in der Koalition darauf geeinigt, das gesetzliche Pensionsalter gleich zu lassen, aber das faktische zu erhöhen. Dies wird aber nicht ausschließlich mit Druck gelingen, sondern hier sind positive Anreize genauso nötig wie bei der Vollzeit.

Ein weiteres Thema sind die anstehenden Reformmaßnahmen im Bildungsbereich. Hier regen gerade wir „Freiheitskämpfer" eine schnelle und grundsätzliche Überarbeitung des Geschichtslehrplans an. Dabei sollte jedenfalls der österreichische Widerstand gegen das NS-Regime und die dann erfolgte Gründung der Zweiten Republik nicht ausgeblendet werden.

WT

Gedenkstein mit Generalstabschef und Landesrätin sowie Vertreter Militärkommandos Tirol

Amtsgebäude Steiner

Festakt zur Umbenennung am 25. Juni 2025 in Innsbruck

Am Mittwoch, den 25. Juni wurde im Rahmen eines feierlichen Festaktes das Amtsgebäude Feldmarschall Conrad in Innsbruck in Amtsgebäude Steiner umbenannt. Generalstabschef Rudolf Striedinger, der in Vertretung von Frau Bundesministerin Tanner am Festakt teilnahm, würdigte im Beisein zahlreicher Ehren- und Festgäste, darunter Tochter Gaby Wagner und Sohn Thomas Steiner, Ludwig Steiners Engagement für Österreich und seine bedeutende Rolle in der Geschichte des Landes. Überdies war unsere Kameradschaft zahlreich vertreten, so nahmen u. a. Bundesobmann Dr. Norbert Kastelic, Bundesoobmannstv. Matthias Denifl und Landesobmann Clemens Hornich teil.

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner würdigte den neuen Namensgeber des Amtsgebäudes in Köldererstraße 4: „Mit der heutigen Umbenennung würdigen wir den außergewöhnlichen Verdienst von Ludwig Steiner für Österreich und seine bedeutende Rolle in unserer Geschichte. Es ist mir ein großes Anliegen, dass das Wirken von prägenden Persönlichkeiten im Bundesheer weiterhin spürbar bleibt. Ich danke allen, die diesen besonderen Moment möglich gemacht haben, und freue mich, dass wir mit der Umbenennung ein sichtbares Zeichen für gelebte Tradition und Erinnerungskultur setzen."

Das Amtsgebäude Steiner dient heute vor allem der Führungsunterstützung, dem Sanitätswesen, der Militärmusik und der Stellungskommission. Darüber hinaus sind derzeit beispielsweise das Militärkommando Tirol, das Kommando Sanitätszentrum und Feldambulanz sowie die Direktion 7 als auch das HNA untergebracht. Die Umbenennung von Kasernen ist Teil der Traditionspflege des Bundesheeres. Ziel ist eine konkrete und sichtbare Auseinandersetzung mit Tradition.

Obwohl der 25. Juni einer der heißesten Tage des Jahres war, wurde die Feier überaus professionell und würdevoll gestaltet. Neben der Ehrenformation des Bundesheeres waren auch Traditionsverbände vertreten. Nach der Bundeshymne und der Begrüßung hielt der Vorsitzende der Denkmalkommission beim Bundesministerium für Landesverteidigung, Univ.Prof. Dr. Dieter Binder aus Graz, eine penibel recherchierte Laudatio (siehe im Anschluss an den Bericht). Darauf folgte die Enthüllung und die Segnung des Kasernensteins mit dem neuen Namen „Amtsgebäude Steiner". Landesrätin Astrid Mair betonte in Vertre- ▶

tung des Landeshauptmanns die Bedeutung der guten Zusammenarbeit zwischen dem Tiroler Militärkommando und der Landesregierung. Generalstabchef Striedinger überbrachte nicht nur die Grüße der verhinderten Bundesministerin Klaudia Tanner (gleichzeitig tagte der Nationale Sicherheitsrat in Wien), sondern betonte auch die Bedeutung des neuen Namensgebers für das Bundesheer. Namens der Familie Steiner dankte Gaby Wagner in bewegten Worten für diese Feierstunde, die mit der Landesymne (dem Andreas Hofer-Lied) und der Europahymne beschlossen wurde.

Abschreiten der Ehrenformation durch Landesrätin Astrid Mair, Generalstabschef General Rudolf Striedinger und Militärkommandant Brigadier Ingo Gstrein

Ludwig Steiner hat für unsere Kameradschaft eine überragende Bedeutung. Er gehörte ihr nicht nur an, sondern er ist auch Namensgeber der Medaille, die in unserer Organisation für besondere Verdienste verliehen wird. Steiner ist auch ein wesentlicher Repräsentant des katholischen und bürgerlichen Widerstands, dem durch den neuen Namen einer wesentlichen Institution der Republik die verdiente Ehre erwiesen wird. Dieser Republik Österreich hat der Diplomat und Politiker von 1945 bis zu seinem Tod 2015 treu gedient. Unmittelbar nach Kriegsende war er Mitbegründer der Tiroler ÖVP und Sekretär des provisorischen Landeshauptmanns Karl Gruber sowie Mitglied des provisorischen Landtags. 1946 bis 1948 stand er dem Innsbrucker Bürgermeister Anton Melzer als Sekretär zur Seite. Danach trat er in den diplomatischen Dienst ein. Sein erster Auslandsposten führte ihn 1949 bis 1951 als Legationssekretär nach Paris. Danach war er wieder Sekretär bei Karl Gruber, dem nunmehrigen Außenminister. In der gleichen Funktion war er 1953 bis 1958 bei Bundeskanzler Julius Raab tätig. Höhepunkt war in dieser Zeit sicher seine Teilnahme an den Verhandlungen in Moskau im April 1955, die nach dem gleichnamigen Memorandum zum Staatsvertrag führten. Nach der Leitung der Gesandtschaft in Sofia 1958 bis 1961 bekleidete er als Staatssekretär im Außenministerium 1961 bis 1964 seine höchste staatliche Funktion. In seinem angestammten Ressort fungierte er danach bis 1972 als Botschafter in Griechenland und Zypern. Zurück in Wien war er bis 1979 Leiter der Politischen Sektion sowie Generalsekretärstv. des Außenministeriums.

Von seiner diplomatischen Expertise profitierte die Volkspartei im Nationalrat von 1979 bis 1990, war er doch nicht nur außenpolitscher Sprecher, sondern allseits anerkannter Vorsitzender dreier heikler Untersuchungsausschüsse, zu den Themen Draken, Lucona und Noricum. Der Politischen Akademie stand er als Präsident 1989 bis 1996 vor. Für zwei weitere Funktionen wurde Steiner 2000 bis 2005 gebeten zur Verfügung zu stehen, nämlich als Vorsitzender des Komitees des Österreichische Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit und als Board Member der Europäischen Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Über seine reichen Erfahrungen berichtete er in seinem Buch „Diplomatie/ Politik – ein Leben für die Einheit Tirols, ein Leben für Österreich", aber auch als Zeitzeuge, der u. a. Lehrer und Schüler des Gymnasiums, an dem Schreiber dieser Zeilen tätig war, nachhaltig beeindruckte.

PM

(Quellen: Militär aktuell, Parlament, Campus Tivoli).

KPV-BO-Stv. Matthias Denifl, Matthias Markl (ÖVP Innsbruck), KPV-BO-Stv. Gaby Wagner, Bundesrätin Klara Neurauter, KPV-LO Clemens Hornich

Dieter A. Binder

Laudatio Leutnant Ludwig Steiner

Innsbruck 25. Juni 2025

Sehr geehrte Herr Generalstabschef!
Frau Landesrätin!
Herr Militärkommandant!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Traditionserlass vom 5. Dezember 2001 heißt es explizit: „Das Dritte Reich als ein Unrechtsregime und die Deutsche Wehrmacht […] können Tradition im Bundesheer nicht begründen, da sich der Dienst in den österreichischen Streitkräften der Zweiten Republik an den Grundprinzipien der österreichischen Verfassung und des Völkerrechtes orientiert.“ Allerdings wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass „aber vorbildhafte und im Einzelfall zu prüfenden Verhaltensweisen von Österreichern in der Deutschen Wehrmacht und von Männern und Frauen des proösterreichischen Widerstandes ein Element der Traditionspflege sein“ können.

Im heutigen Festakt wird der Leutnant der Deutschen Wehrmacht Ludwig Steiner zum Namensgeber dieser Liegenschaft bestimmt. Diese ehrende Hervorhebung entspringt den Verdiensten des jungen schwerkriegsversehrten Leutnants im Widerstand gegen das Unrechtsregime und seinem Einsatz für die Wiederrichtung des freien und demokratischen Österreichs.

Die moderne Forschung definiert ein weites Spektrum widerständischen Verhaltens, das vom nichtsystemkonformen Verhalten bis hin zum aktiven Kampf reicht. Die Lingua Tertii Imperii definierte dies vom Defätismus über die Wehrkraftzersetzung bis hin zum Hoch- und Landesverrat und strafte dies in steigernder Radikalität. Selbst das Erzählen von nichtsystemkonformen Witzen konnte den Tod bedeuten.

Steiners familiäres Milieu, dessen katholische Formatierung per se im Widerspruch zum nationalsozialistischen Regime stand und das Schicksal seines Vaters, der zwischen 1924 und 1933 dem Innsbrucker Gemeinderat angehörte, sensibilisierten den Heranwachsenden. Nach der Matura an der Handelsakademie 1941 und der Dienstleistung im Arbeitsdienst wurde er 1942 in das kurz vor dem Ausbruch der Kämpfe im Westen neuaufgestellte Gebirgsjäger Ersatz Bataillon 136 in Innsbruck eingezogen. Gut denkbar, dass er wie so mancher in seiner Generation die Wehrmacht als einen Hort empfand, in dem er relativ sicher vor den Nachstellungen der Nazis wäre. Als Angehöriger der 2. Gebirgsdivision wurde er nach Absolvierung der Kriegsschule in Wiener Neustadt an der Eismeerfront 1943 schwer verwundet. Der rekonvaleszente Leutnant wurde nach Innsbruck zum Ersatztruppenkörper transferiert, wo er als Adjutant des Bataillonskommandanten Dienst versah und nebenbei sei Studium aufnehmen konnte. Statt in dieser Situation - ausgehend von seiner Mentalreservation gegenüber dem Regime - ein relativ komfortables Leben zwischen Wehrmacht und Universität zu führen, ging er bewusst den Weg in den aktiven Widerstand.

Richard Georg Plaschka, damals ebenfalls ein Leutnant der Wehrmacht, hat in seiner zweibändigen Studie „Avantgarde des Widerstands“ dem militärischen Widerstand im 19. und 20. Jahrhundert ein bemerkenswertes Denkmal gesetzt. „Die Wehrmacht war“, so Plaschka, „eine … totale Institution. Ihre damit angesprochene Befehls- und Gehorsamsstruktur, auch die damit verbundene Tendenz zur Vereinheitlichung im Handeln und die Schärfe der Ahndung im Falle des Zuwiderhandelns stehen außer Frage.“ Während Plaschka, wie die überwiegende Mehrheit seiner Generation, bis zur Kapitulation im Mai 1945 die „verdammte Pflicht“ erfüllte, wie es Alexander Stahlberg im Titel seiner Erinnerungen ansprach, entschied sich Ludwig Steiner gegen das militärisch-traditionelle Verhalten. Für ihn galt wohl, dass er gegenüber „dem Diktator, dessen Herrschaftsapparat keine primären Verantwortungsinstanzen … mehr kennt,“ das Widerstandsrecht beim Individuum, beim Staatsbürger sah. (Plaschka, 229) Der Ritterkreuzträger Roland von Hößlein, ein lebensfroher und tiefgläubiger Aktivist des 20. Juli 1944, hat unmittelbar vor seiner Hinrichtung festgehalten. „Der Antrieb meines Handelns war … nur die Pflicht.“ Hier klingt Kants Pflichtbegriff an. „Das Gewissen ist das Bewusstsein, das für sich selbst Pflicht ist.“

Der tschechische Widerstandskämpfer und große amerikanische Historiker Radomír Luža würdigt in seiner Darstellung des österreichischen Widerstands, der in der Moskauer Deklaration vom Oktober 1943 ausdrücklich von den Alliierten eingefordert worden war, Tirol neben Wien als „Zentrum des Widerstands“. Markant skizziert er den regionalen militärischen Widerstand, der auf die Befreiung Österreichs zielte. Der Kommandant des Ersatzbataillons 136, Ritterkreuzträger Major Werner Heine, und dessen Adjutant Leutnant Ludwig Steiner charakterisierte er in ihrem soldatischen Pflichtbewusstsein, in ihrer „nicht zu unterdrückenden Kampfbereitschaft“ und in ihrem „Wagemut“. Heines Weg in den Widerstand war geprägt vom Erkennen der Verantwortungslosigkeit der Staatsführung, die ihre Soldaten ohne Aussicht auf Erfolg in einen sinnlosen Opfergang zwang.

Sein Adjutant Steiner war der geniale Netzwerker, der Kontakte zu den Talschaften hielt, in denen Wehrmachtsdeserteure mit Unterstützung der Einheimischen erste Partisaneneinheiten bildeten, der mit Heine gemeinsam verlässliche Leute des Widerstands in Schlüsselstellungen des Ersatzbataillons einschleuste, der über den Wehrmachtsarzt Dr. Willibald Stricker und Hans Graf von Trapp zum politischen Widerstand der zunehmend überparteilichen Widerstandsgruppe 05 den Kontakt herstellte, die von dem Brüderpaar Molden und Wolfgang von Pfaundler ab 1944 massiv ausgebaut worden war. „Wir sahen“ – so Steiner – „den Sinn einer Widerstandstätigkeit auch darin, durch Aktionen die Bombardierung Innsbrucks und

►

Tirols militärisch überflüssig zu machen. Wir waren uns bewusst, dass Tirol ein besonders sensibler Punkt des Nachschubweges Nord-Süd und Ost-West war. In diesem Zusammenhang waren wir sehr interessiert, Wege für Kontakte zu den Amerikanern oder zu den Briten zu finden.“ Das Netz der beiden Offiziere verdichtete sich in den Innsbrucker Kasernen. „Außerhalb Innsbrucks gewann Steiner die Mitarbeit von Hauptmann Schlick, einem Batteriekommandanten in Kufstein, und die der Partisanen im Zillertal und im Navistal in den Tuxer Alpen. Im November 1944 wird Steiners Einheit nach Wolfsberg in Kärnten verlegt. Damit droht die bisherige Widerstandsarbeit zu zerbrechen. Ende Januar/Anfang Februar 1945 gelingt es Major Heine, verlässliche Leute seiner Einheit nach Innsbruck zu verlegen. Ludwig Steiner erhält Studienurlaub und so gelingt es ihm im Zusammenspiel mit Major Heine, ihre Widerstandstätigkeit in Innsbruck wieder aufzunehmen und durch neue Kontakte und Unterstützung der Studentenkompanien auszubauen. Verdichtet wurde der Widerstand durch das Eintreffen der OSS-Verbindungsgruppe „Greenup“, der der Tiroler Franz Weber angehörte, und schließlich durch die Gruppe Otto Moldens und Leutnant Baron Franckensteins. Angesichts der Propagierung der „Alpenfestung“ durch die Nazis bestand seitens der amerikanischen Truppenführung höchstes Interesse an einem Aufstand in Tirol, dessen politischer Kopf Dr. Karl Gruber war. Ludwig Steiner ist auch beteiligt an der Ausarbeitung eines Luftlandeplanes für die Alliierten im Inntal und als Reserveraum Kitzbühel-St. Johann, der am 16. April 1945 fertiggestellt und weitergeleitet wird.

Lagebesprechung im Gendarmeriepostenb Zirl.
Von Links: US Leutant Peter Randon US-Major Brand West und Leutnant Ludwig Steiner.
Foto aufgenommen von den Amerikanern am 3. Mai 1945.

Die Dezentralisierung der Machtausübung führte im April zu einer neuen Terrorwelle des Regimes in Tirol, Steiner und Heine konnten sich dem Zugriff entziehen. Am 2. Mai 1945 übernahm der militärische Widerstand alle vier Hauptkasernen in Innsbruck. Um den Erfolg dieser Aktion abzusichern, stürmte Heine mit seinen engsten Mitverschwörern die Hungerburg und nahm den Kommandeur der Divisionsgruppe Innsbruck Nord Generalmajor Johannes Böhaimb gefangen. Am 3. Mai konnte Gruber abgesichert durch den militärischen Widerstand das Amt des Landeshauptmanns übernehmen, gezielte Desinformationspolitik über den Rundfunk verstärkte die Auflösung der aus Italien heranrückenden deutschen Truppen. Nach der Übernahme der Macht in Innsbruck nimmt Ludwig Steiner Kontakt zu der anrückenden amerikanischen 103rd US Infantry Division („Cactus Division“) in Reith bei Seelfeld auf. Er trägt dabei eine Armbinde mit dem 2-sprachigen Stempel „Austrian movement of Liberation – 05 – Tyrol“ bzw. „DIE ÖSTERREICHISCHE WIDERSTANDS-BEWEGUNG – 05“. Am Abend des 3. Mais erreichten die amerikanischen Truppen Innsbruck.

Radomír Luža bilanziert am Schluss seiner Darstellung die Stärke des militärischen Widerstands auf rund 1000 Mann in 157 Kampfgruppen. Diese hatten 89 Brücken vor der Zerstörung bewahrt, rund 5000 deutsche Soldaten vom Schlachtfeld ferngehalten und 34 Orte vor Beschädigungen geschützt. Diese stolze Bilanz wäre ohne das Zutun des jungen Leutnants Ludwig Steiner, ohne seine Furchtlosigkeit, seine Klugheit, sein Organisationstalent und sein Netzwerkarbeit nicht möglich gewesen. Der langjährige Leiter des Dokumentationszentrums des Österreichischen Widerstands, Wolfgang Neugebauer, charakterisiert in seiner Würdigung des Tiroler Widerstands Ludwig Steiner als zentrale Person „der wichtigsten und gefährlichsten Aktionen“. Und in der Tiroler Tageszeitung vom 17. August 1945 wird die hiesige Kaserne als „Hochburg“ des antinationalsozialistischen Widerstands definiert. ■

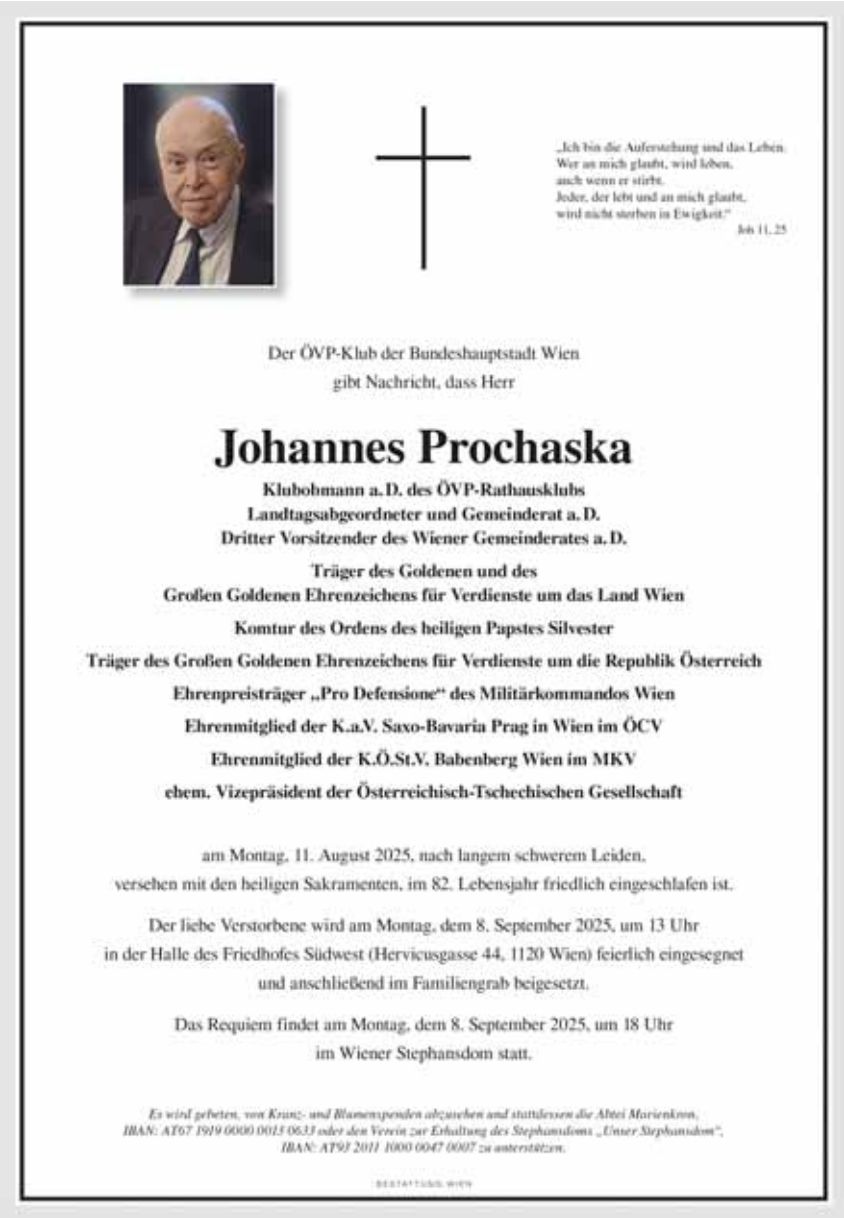
Literatur:
Otto Molden, Der Ruf des Gewissens. Der österreichische Freiheitskampf 1938 – 1945, Wien – München 1958.
Radomír Luža, Der Widerstand in Österreich 1938 – 1945, Wien 1983.
Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934 – 1945. Eine Dokumentation, Bd. 2, Wien – München 1984.
Alexander Stahlberg, Die verdammte Pflicht. Erinnerungen 1932 – 1945, Frankfurt/M. – Berlin -Wien 1987.
Fritz Molden, Fires in the Night. The Sacrifices and Significance in the Austrian Resistance 1938 – 1945, Bolder 1989.
Richard Georg Plaschka, Avantgarde des Widerstands. Modellfälle militärischer Auflehnung im 19. und 20. Jahrhundert. 2 Bde, Wien – Köln – Graz, 2000.
Wolfgang Neugebauer, Der österreichische Widerstand 1938 – 1945, Wien 2008.
Manfried Rauchensteiner, Der Krieg in Österreich 1945, Wien 2015.
Peter Pirker, Codename Brooklyn. Jüdische Agenten im Feindesland. Die Operation Greenup 1945, Innsbruck 2019.

Johannes Prochaska
– ein Kämpfer für die gute Sache

Das Ableben Johannes Prochaskas ist auch für unsere ÖVP Kameradschaft ein schwerer Verlust. Er war nicht nur über viele Jahre ein treues Mitglied, sondern er nahm auch regelmäßig an Veranstaltungen teil. Die Ziele unserer Organisation waren ihm ein Anliegen und er hat sie glaubwürdig repräsentiert.

Prochaska wurde 1944 in Wien geboren und wuchs in Währing auf. Dieser Bezirk blieb seine Heimat und hier war er als langjähriger ÖVP-Bezirksparteiobmann eine weithin geschätzte und anerkannte Institution. In Anlehung an den legendären Unterrichtsminister und Wiener Vizebürgermeister Heinrich Drimmel, mit dem er eine konservative Grundhaltung teilte, gab es aber für ihn mehrere Häuser seines Lebens. Das erste war die „Falkestraße". Hier war er von 1970 bis 1979 Landesobmann der Jungen ÖVP. Im selben Haus befand sich jedoch auch die Wiener ÖVP, in deren Leitungsgremien sein Wort zunehmend gewichtiger wurde.

Das zweite wichtige Haus war für Hannes, wie wir ihn nannten, die „Laudongasse", wo unsere Kameradschaft immer noch ihr Büro hat. Zu dieser Zeit hatte dort noch der Wiener ÖAAB seinen Sitz und Prochaska war von 1979 bis 1991 Landessekretär.



„Ich bin die Auferstehung und das Leben.
Wer an mich glaubt, wird leben,
auch wenn er stirbt.
Jeder, der lebt und an mich glaubt,
wird nicht sterben in Ewigkeit."
Joh 11, 25

Der ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien
gibt Nachricht, dass Herr

Johannes Prochaska

Klubobmann a. D. des ÖVP-Rathausklubs
Landtagsabgeordneter und Gemeinderat a. D.
Dritter Vorsitzender des Wiener Gemeinderates a. D.

Träger des Goldenen und des
Großen Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um das Land Wien

Komtur des Ordens des heiligen Papstes Silvester

Träger des Großen Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich

Ehrenpreisträger „Pro Defensione" des Militärkommandos Wien

Ehrenmitglied der K.a.V. Saxo-Bavaria Prag in Wien im ÖCV

Ehrenmitglied der K.Ö.St.V. Babenberg Wien im MKV

ehem. Vizepräsident der Österreichisch-Tschechischen Gesellschaft

am Montag, 11. August 2025, nach langem schwerem Leiden,
versehen mit den heiligen Sakramenten, im 82. Lebensjahr friedlich eingeschlafen ist.

Der liebe Verstorbene wird am Montag, dem 8. September 2025, um 13 Uhr
in der Halle des Friedhofes Südwest (Hervicusgasse 44, 1120 Wien) feierlich eingesegnet
und anschließend im Familiengrab beigesetzt.

Das Requiem findet am Montag, dem 8. September 2025, um 18 Uhr
im Wiener Stephansdom statt.

Es wird gebeten, von Kranz- und Blumenspenden abzusehen und stattdessen die Abtei Marienkron,
IBAN: AT67 1919 0000 0015 0633 oder den Verein zur Erhaltung des Stephansdoms „Unser Stephansdom",
IBAN: AT93 2011 1000 0047 0007 zu unterstützen.

BESTATTUNG WIEN

Seine große Bühne wurde aber das Rathaus und sie blieb es für mehr als drei Jahrzehnte. Bereits 1974 zog er in den Gemeinderat ein und wurde 1989 bis 1991 dessen Dritter Vorsitzender. Höhepunkt seiner Karriere war die Funktion des Klubobmanns von 1990 bis 2001. Noch eine weitere Periode bis 2005 blieb Prochaska im Gemeinderat.

Die Themen, für die er sich besonders einsetzte, waren Jugend und ein leistungsorientiertes Bildungswesen, Wohungseigentum statt nur Gemeindewohungen und eine systematische Planung in der Verkehrspolitik. Die längste Zeit vertrat er diese Positionen als Speerspitze einer Oppositionspartei. Er tat dies als beherzter Kämpfer, der sich Respekt und Anerkennung der regierenden Rathaussozialisten erwarb. So gab es eine vernünftige Gesprächsbasis, die auch Kompromisse ermöglichte. Dadurch erreichte er Erfolge etwa bei Straßenbenennungen – ein unterschätztes Thema, doch wichtig, um sich als Bürgerlicher in dieser Stadt Wien zu Hause und akzeptiert zu fühlen.

Prochaska betrieb seine Politik mit einer Beharrlichkeit und wenn Gegner dies Sturheit nannten, so trug er diese Bezeichnung als Ehrentitel. Getragen war er von einer christlich-sozialen Prägung, die noch auf der Kenntnis der katholischen Soziallehre beruhte. Die Kirche, mit dessen hoher Geistlichkeit er manchmal auch hadern konnte, blieb letztlich aber immer seine „Una Sancta". Diese sowie das Land Wien und die Republik Österreich wussten Prochaskas Arbeit sehr wohl zu schätzen und brachten das mit den entsprechenden Ehrungen zum Ausdruck.

Der Horizont Prochaskas endete aber nicht an den Wiener Stadtgrenzen. Schon als Jugendobmann engagierte er sich im Bundesjugendring und er gehörte dem Bundesvorstand der Jungen ÖVP an, wo er seine klaren ideologischen Positionen vertrat. Er vergaß auch nicht das Land seiner Vorfahren und wirkte nach dem Ende des Kommunismus als Vizepräsident der österreichisch-tschechischen Gesellschaft am Aufbau der tschechischen Demokratie mit. Hannes, Du kannst nun mit dem Zweiten Brief an Timotheus (Kapitel 4, Vers 7) sagen: *„Ich habe den guten Kampf gekämpft, den Lauf vollendet, die Treue bewahrt."*

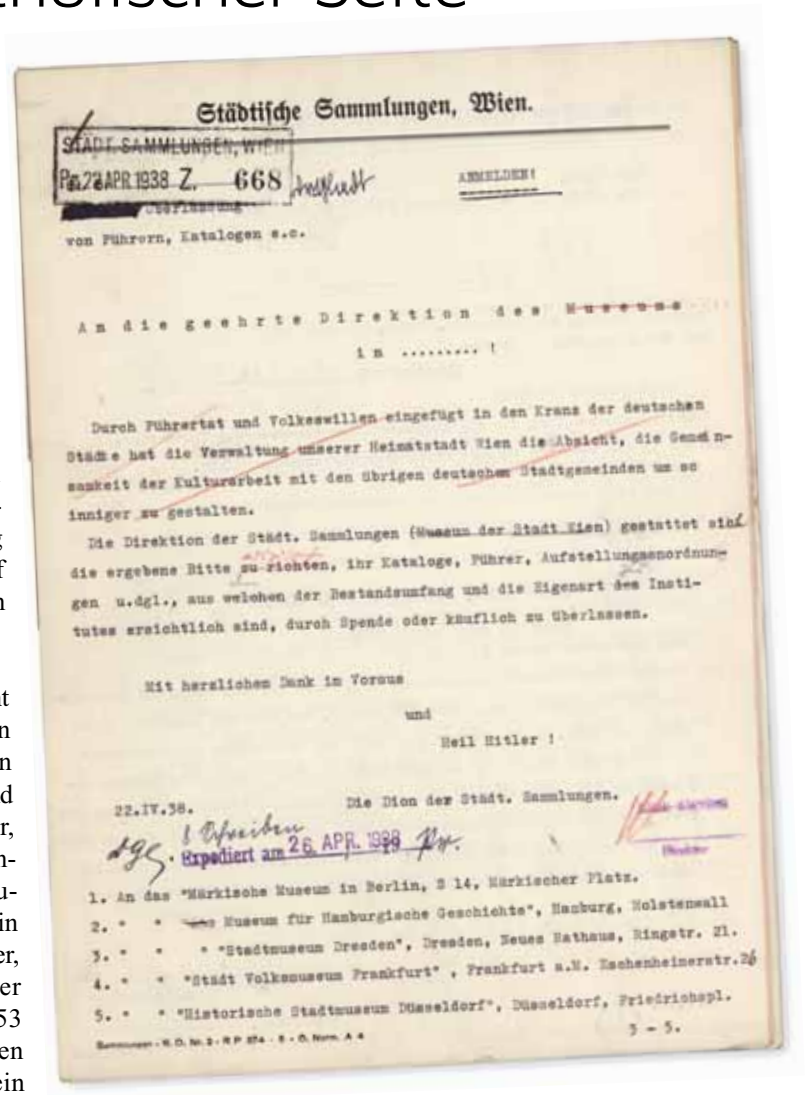
PM

Christian Mertens

Widerstand im Wiener Gemeindedienst gab es auch von katholischer Seite

Ein verschärftes Dienstrecht und rigorose Kontrollen des politischen Verhaltens schufen nach dem ‚Anschluss' 1938, wenn erforderlich, in der NS-Zeit den notwendigen Anpassungsdruck unter den städtischen Bediensteten in Magistrat und Betrieben. Zu den Disziplinierungsmöglichkeiten zählten neben der Versetzung österreichischer Bediensteter in das ‚Altreich' auch Entlassung und Zwangspensionierung. Eine Reihe von Erlässen der Magistratsdirektion forderten strikte Verhaltensregeln ein – sei es die Verpflichtung öffentlicher Bediensteter und deren Familienangehörige, nur bei ‚arischen' Geschäftsleuten einzukaufen, die obligatorische Ausrichtung einer Feierstunde in jeder Dienststelle zu ‚Führers Geburtstag' oder die Verwendung des ‚deutschen Grußes' sowohl Vorgesetzten und Kollegen als auch Kunden gegenüber.

Und doch gab es die Möglichkeit, sich nicht völlig in den Dienst der nationalsozialistischen Ideologie zu stellen, wie das Beispiel eines vordergründig bedeutungslosen Briefkonzepts zeigt. Im April 1938 erging die Bitte der Städtischen Sammlungen – Stadtbibliothek und Historisches Museum bildete bis 1939 unter diesem Namen eine organisatorische Einheit – an mehrere Institutionen im ‚Altreich', zum Zwecke der Archivierung Kataloge, Führer und ähnliches Schrifttum zu überlassen. Ein übereifriger Sachbearbeiter hatte das Schreiben im Konzept mit großem Brimborium eingeleitet: „Durch Führertat und Volkeswille eingefügt in den Kranz der deutschen Städte hat die Verwaltung unserer Heimatstadt Wien die Absicht, die Gemeinsamkeit der Kulturarbeit mit den übrigen deutschen Stadtgemeinden umso inniger zu gestalten." – Für den damaligen Direktor Oskar Katann (1885-1967) war dies eindeutig zu viel der ‚völkischen' Begeisterung. Mit rotem Stift strich er den schwülstigen Satz ersatzlos weg und gestaltete den Brief zum streng sachlichen Vierzeiler um.



Städtische Sammlungen, Wien.

STADT SAMMLUNGEN, WIEN
Pa. 22. APR 1938 Z. 668

ANMELDEN!

[redacted] überlassung
von Führern, Katalogen u.c.

An die geehrte Direktion des ~~Museums~~
in ..... !

Durch Führertat und Volkeswillen eingefügt in den Kranz der deutschen Städte hat die Verwaltung unserer Heimatstadt Wien die Absicht, die Gemeinsamkeit der Kulturarbeit mit den übrigen deutschen Stadtgemeinden um so inniger zu gestalten.

Die Direktion der Städt. Sammlungen (Museum der Stadt Wien) gestattet sich die ergebene Bitte zu richten, ihr Kataloge, Führer, Aufstellungsanordnungen u.dgl., aus welchen der Bestandsumfang und die Eigenart des Institutes ersichtlich sind, durch Spende oder käuflich zu überlassen.

Mit herzlichem Dank im Voraus

und

Heil Hitler !

22.IV.38. Die Dion der Städt. Sammlungen.

dgl. 1 Schreiben Expediert am 26. APR. 1938

1. An das "Märkische Museum in Berlin, S 14, Märkischer Platz.
2. " " Museum für Hamburgische Geschichte", Hamburg, Holstenwall
3. " " "Stadtmuseum Dresden", Dresden, Neues Rathaus, Ringstr. 21.
4. " " "Städt Volksmuseum Frankfurt" , Frankfurt a.M. Eschenheimerstr.26
5. " " "Historische Stadtmuseum Düsseldorf", Düsseldorf, Friedrichspl.

3 - 5.

Selbstverständlich steht ein derartiger Akt nicht in Relation zu Widerstand in Form von Konspiration und Agitation. Er beweist aber, dass es auch nicht notwendig war, im Rudel mitzuheulen. Oskar Katann, ein katholischer Intellektueller, wurde mit 1. Dezember 1938 im Alter von nur 53 Jahren in den dauernden Ruhestand versetzt – kein Einzelschicksal im Magistrat!

Neben kaum einschätzbaren individuellen (auch passiven) Akten im Sinne von Abwarten, Abmildern und Verzögern von Prozessen gab es auch organisierte Formen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Als Initiatoren und Leiter solcher Gruppen traten oft kommunistische Funktionäre in Erscheinung, die bis 1934 vielfach in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei engagiert waren. Eine scharfe Trennung zwischen ‚Sozialisten' und ‚Kommunisten' ist dabei oft nicht möglich.

Aktiven Widerstand – und das wird vielfach vergessen – gab es aber auch von katholisch-konservativ ausgerichteten Mitarbeitern, wie die Beispiele von Alfred Miegl (1900-1944) und Rudolf Wallner (1903-1944) zeigen: Der an der Technischen Hochschule zum Diplomingenieur graduierte Alfred Miegl arbeitete in der Direktion der Städtischen Elektrizitätswerke als technischer Beamter. Er hatte sich in der Vaterländischen Front engagiert, weshalb er nach dem ‚Anschluss' entlassen wurde. Ende 1939 stieß Miegl über den ihm bekannten Rudolf Wallner, Vizeinspektor bei den Elektrizitätswerken, zur Widerstandsgruppe ‚Österreichische Freiheitsbewegung' um Karl Lederer. Diese Gruppe suchte bekanntlich die Vernetzung mit den Widerstandsbewegungen um Jakob Kastelic und Roman Karl Scholz. Beide gewannen weitere Mitglieder für die Gruppe und sorgten für die Vervielfältigung und Verbreitung illegaler Schriften. Nach Verrat der Aktivitäten durch den Gestapo-Spitzel Burgschauspieler Otto Hartmann wurden beide Mitte 1940 verhaftet und am 3. März 1944 wegen „Hochverrat" und „Zersetzung der Wehrkraft" zum Tod verurteilt. Die Hinrichtung erfolgte am 10. Mai 1944 im Wiener Landesgericht.

Miegl wurde in einem Grab in der heute als Gedenkstätte gewidmeten Gruppe 40 am Zentralfriedhof bestattet. Wallners kopfloser Leichnam wurde nach Kriegsende 1945 in der Wiener Anatomie gefunden und konnte von seiner Verlobten nur anhand einer Narbe identifiziert werden. Bei dieser Dame handelte es sich um die frühere christlichsoziale Gewerkschaftssekretärin und Widerstandskämpferin Anna Hanika (1903-1988), die sich während der Haft und nach der Hinrichtung von Jakob Kastelic um dessen beiden Söhne kümmerte und später deren Vormundschaft übernahm.

Autor: *Christian MERTENS, Prof. Mag. phil., Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Wien, danach freiberufliche wissenschaftliche und journalistische Tätigkeit, 1991-1999 Politischer Referent der ÖVP-Wien, seit 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Wienbibliothek im Rathaus; Mit- und Alleinkurator mehrerer Ausstellungen sowie Autor zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen, Mitglied des Redaktionsteams des ‚Wien Geschichte Wiki'.* ■

Weiterführende Literatur und Links:

- *Wien Geschichte Wiki: Alfred Miegl [https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Alfred_Miegl]*
- *Wien Geschichte Wiki: Rudolf Wallner [https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Rudolf_Wallner_(Widerstandsk%C3%A4mpfer)]*
- *Wien Geschichte Wiki: Anna Hanika [https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Anna_Hanika]*
- *DÖW: Volksgerichtshof-Urteil gegen Karl Lederer und seine Mitangeklagten [https://www.doew.at/cms/download/850nq/19793_102-2.pdf]*
- *Ingenieur Alfred Miegl (1900 bis 1944). In: Der Freiheitskämpfer 2 (1949), Nr. 9, S. 3*
- *Wolfgang Neugebauer: Widerstand und Verfolgung in Wien. 1934−1945. Eine Dokumentation. Hg. von Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Band 3. Wien: Österreichischer Bundesverlag 1975*

Wie die Neukonzeption eines Museums nicht funktioniert

Zu den Vorgängen um das aufgelöste Dr. Engelbert-Dollfuß-Museum in Texingtal

Von Christoph H. Benedikter

Ende 2021 nominierte die ÖVP den Texingtaler Bürgermeister Gerhard Karner für das Amt des Innenministers. Umgehend fanden sich Medien und Politiker des linken Spektrums, die Karner vorwarfen, er würde sich vom „Austrofaschismus" nicht genügend abgrenzen. Am Ende standen Schlagzeilen wie etwa „Der neue Innenminister und sein Faschismusproblem". Dass naturgemäß aus keiner Handlung Karners eine autoritär-antidemokratische Handlung abzuleiten war – egal. Und dass die Bezeichnung „(Austro)Faschismus" für Dollfuß´ Regierungsdiktatur eine zweifelhafte ist, weil wesentliche Elemente, die ein faschistisches System ausmachen, fehlten – ebenfalls egal.

Auftrag an einen Gedenkverein

Wiewohl in der Sache substanzlos, nahm Karner die Angriffe ernst. Er veranlasste, dass der Gedenkverein „MERKwürdig – Zeithistorisches Zentrum Melk" im Auftrag der Gemeinde Texingtal die Neukonzeption des Dollfuß-Museums übernahm. Dies deswegen, weil Karner die Arbeit des Vereins in Bezug auf das KZ-Außenlager Melk schätzte. Zudem war er dem Gründer und Obmann von „MERKwürdig", Alexander Hauer, durch eine langjährige Bekanntschaft verbunden. Im Winter 2021/22 beauftragte die Gemeinde Texingtal daher die Neukonzeption des „Dr. Engelbert Dollfuß-Museums".

Das Museum bis 2021

Zwar war der Anlass zur Neukonzeption ein unwürdiger, weil nicht das Interesse an historischen Ereignissen im Vordergrund stand, sondern ein innenpolitisches Geplänkel die Aufmerksamkeit auf das Museum gelenkt hatte. Dennoch konnte dem Texingtaler Museum eine Überarbeitung nur guttun. Tatsächlich mutete es aus der Perspektive der beginnenden 2020er-Jahre als aus der Zeit gefallen an. Anhand von Objekten, die entweder aus dem persönlichen Besitz von Engelbert Dollfuß stammten oder auch Bezug nahmen auf sein Aufwachsen und seine Sozialisation etwa im Cartellverband, wurde die Biographie des Kanzlers nachgezeichnet. Den Hintergrund zu dieser Erzählung bildete eine knapp gehaltene Ereignisgeschichte zur innenpolitischen Entwicklung der Ersten Republik. Die Darstellung ging kaum ein auf zugrundeliegende Ursachen oder auch Motive und Interessen handelnder Parteien bzw. Personen. Ebenso wurde auf explizite Urteile verzichtet, wenn es z.B. um die Ausschaltung des Parlaments und die schrittweise Demontage der parlamentarischen Demokratie ging. Lediglich die Tatsachen im Sinne des äußeren Ereignisablaufes wurden festgehalten.

In Ungleichgewicht stand dazu die Darstellung der Ermordung des Kanzlers und des politisierten Gedenkens, wie es unter seinem Nachfolger Schuschnigg nachgerade zelebriert wurde. Diese Thematik wurde in emotionaler bzw. auf Emotionalisierung abzielende Weise präsentiert. Dabei bedienten sich die damaligen Kuratoren, von denen nur der SPÖ-nahe Karl Gutkas namentlich fassbar ist,[1] einer Vielzahl von materiellen Versatzstücken des Dollfuß-„Kultes" von 1934 bis 1938. Von Häferln und Gläsern mit dem Konterfei des Kanzlers bis zu Büsten und Erde von seinem Grab. Bei heutigen Betrachtern wecken solche Gedenkobjekte eher den Sinn für das Skurrile, wobei das Dollfuß-Gedenken und die ihm innewohnende ▶

1 Karl Gutkas starb allerdings im Juli 1997, also knapp ein Jahr vor der Eröffnung des Museums.

Sakralisierung auch damals nicht mehr die Mehrheit der Gesellschaft ansprach. Über ihr Erheiterungspotential hinaus geben diese Dollfuß-Erinnerungs- und Verehrungsobjekte aber bemerkenswerte Einblicke in die Geisteswelt und den politisch- kulturellen Hintergrund der „ständestaatlichen“ Theoretiker, Eliten und Propagandisten. Exakt diese Kontextualisierung wurde im Dollfuß-Museum nicht vorgenommen.

Alles in allem bot das Museum eine aus heutiger Sicht lückenhafte und von der Schwerpunktsetzung nicht gänzlich ausgewogene Darstellung. Das Gegenteil zu tun, also alle Aspekte des Dollfuß-Erste-Republik-Themas abzudecken, war aber auch nicht die Intention des Museums gewesen. Tatsächlich wurde dieser Anspruch weder erhoben noch formuliert. Vielmehr war das Museum seinerzeit als ein Erinnerungsmal an den Überlebenskampf Österreichs gegen den Nationalsozialismus, dem Dollfuß zum Opfer gefallen war, eingerichtet worden. In seiner Machart und seinem Umgang mit politisch kontroversen Themen war es schon während seiner Entstehung die Hervorbringung einer auslaufenden Epoche. Einer Zeit, als Geschichtsdarstellung noch weniger durch die Kombination von Hypermoralisierung und politischer Instrumentalisierung geprägt war. Vielmehr spiegelte die Präsentation den wenig konfrontativen Geist einer Generation wider, die noch von großkoalitionärem Denken geformt war. Einer Generation, die es dabei bewenden ließ, in geschichtspolitischen Fragen dahingehend übereinzustimmen, nicht übereinzustimmen. Mochte die eine Seite z.B. ein monothematisches Dollfuß-Museum aufbauen, konnte die andere z.B. den „Bürgerkrieg“ im Februar 1934 zum ausschließlichen Kampf um die Demokratie stilisieren und ihre Mitverantwortung für die Polarisierung in den Jahren zuvor ausblenden. Keine Seite spielte die identitätsstiftenden Rituale oder Aktivitäten des anderen Milieus in besonderer Weise hoch.

Früheres Museum in Texingtal

Die „Neukonzeption“

Eine Überarbeitung des Museums hätte die Chance geboten, die unterschiedlichen Ansätze in der Dollfuß-Bewertung herauszuarbeiten und nachvollziehbar zu machen. Dollfuß war eben – verkürzt gesprochen – gleichermaßen ein (Mit)Zerstörer der parlamentarischen Demokratie wie auch ein harter Kämpfer gegen den Nationalsozialismus. (Was dessen Adepten etwa dazu missleitete, ihn als „Judenknecht“ zu titulieren.) Bemerkenswerterweise legte der Melker Gedenkverein ein der Ausgewogenheit verpflichtetes Herangehen genau nicht an den Tag. Stattdessen fühlte sich die Gruppe einem inhaltlich einseitigen, politisch linken, teils auch polit-aktivistischen Ansatz verpflichtet. An die Stelle von Lücken sollten andere Lücken gesetzt werden. Diese Tendenz wurde schon während der Erarbeitung des Konzepts merkbar: sei es bei Informationsveranstaltungen, sei es anhand von Wortmeldungen des Vereinsobmannes. Dieser, von Beruf her Theatermacher und als solcher bemüht, sprach etwa von einem ergebnisoffenen Prozess und klassifizierte das Dollfuß-Schuschnigg-Regime im selben Atemzug als „Austrofaschismus“. Nun ist „Austrofaschismus“ zwar eine im aktuellen Linksmilieu häufige Definition für das besagte Regierungssystem. Auch lässt sich diese bei entsprechender Betrachtung ebenso argumentieren wie widerlegen. Denn Faschismusdefinitionen gibt es viele und je nachdem, welche zur Anwendung kommt, fällt die Regierungsdiktatur von Dollfuß und Schuschnigg in die Faschismuskategorie oder nicht. Für eine ergebnisoffene Betrachtungsweise spricht die a priori-Bewertung „Austrofaschismus“ aber nicht. Auch die Zusammensetzung des wissenschaftlichen Fachbeirats, den der Verein berief und der die Vereinskuratoren inhaltlich begleiten sollte, bestätigte die tendenziöse Agenda. Mehr zu diesem Beirat weiter unten.

Das Konzept

Ende Oktober 2023 lag das Papier des Gedenkvereins schließlich vor. Für den Inhalt verantwortlich zeichneten Remigio Gazzari, Christian Rabl und Johanna Zechner, also die Historiker und Kuratoren des Gedenkvereins.[2] Sie hielten fest, dass das Museumsgebäude baulich hoch sanierungsbedürftig sei. Inhaltlich befanden sie, dass die Präsentation thematische Lücken aufweise und es am kritischen Umgang mit dem Thema Dollfuß mangele. Was dieses „kritisch“ genau bedeuten sollte, darauf wurde nicht im Einzelnen eingegangen. Es wurde jedoch daraus deutlich, was das Konzept an Themen *nicht* auf den Tisch legte. So zeigten sich die Autoren z.B. an der Tatsache nicht interessiert,

2 Remigio Gazzari, Christian Rabl, Johanna Zechner, Raum schaffen. Ein Museumsprojekt für das Dollfuß-Geburtshaus. Hg. Zeithistorisches Zentrum Melk. Oktober 2023.

dass Dollfuß den Staatswiderstand gegen den Nationalsozialismus begründet hatte und in diesem Abwehrkampf selbst Opfer geworden war.

Als Lösung im Sinne der beauftragten Neukonzeption schlug das Papier die schrittweise Auflösung des Museums vor. Diese sollte über mehrere Jahre bis 2028 erfolgen und nach einer Art Inszenierung ablaufen. Ließ hier der Theaterhintergrund des Vereinsobmanns grüßen? Im Sinne eines partizipativen Ansatzes sollten Interessierte und Schüler aus der Region eingebunden werden. Weiters würde jedes Jahr eine Künstlerin oder ein Künstler, eventuell auch ein entsprechendes Kollektiv, Werke oder eine Position zu einem jeweils definierten Jahresthema vorlegen. Als solche schwebten dem Gedenkverein geschichtspolitische Fragestellungen vor wie z.B. der Wert der Demokratie, die Verehrung von „starken Männern“ oder auch der Umgang mit Geburtshäusern.

Die Kosten

Selbstverständlich sollte die Umsetzung des Vorhabens der Gedenkverein „MERKwürdig“ übernehmen. Die dafür anfallenden Kosten wurden in einer nicht veröffentlichten Version des Papiers mit EUR 377.500 veranschlagt. Der Großteil, nämlich EUR 265.000 würde in Form von Honoraren an den Gedenkverein selbst, also die Urheber des Konzeptes fallen. Kleinere Summen würden an das Museum Arbeitswelt Steyr (EUR 50.000) und die diversen Künstler bzw. Künstlerinnen, Aufsichten, Material etc. fließen. Das Museum Arbeitswelt Steyr war vom Verein auserkoren worden, in Teilen die Arbeit mit den Interessierten und Schülern aus der Region zu besorgen (Workshops etc.).

Ein Thema, das den Verein – zumindest in seinem Papier – bei der großzügigen Veranschlagung der eigenen Honorare nicht zu interessieren schien, war die Frage nach den Finanziers des Vorhabens. Ganz offensichtlich wurde an die öffentliche Hand in Gestalt von Bund, Land und Gemeinde gedacht. Erörterte man die Frage so gar nicht, weil man ohnehin davon ausging, dass insbesondere Gemeinde und Land einspringen würden?

Die hegemoniale Perspektive

Auch wenn dies im Konzept möglichst noch nicht allzu deutlich gemacht wurde, schimmerte die Perspektive durch, aus der man die Dollfuß-Erste Republik-Thematik betrachtete. Es war die Linie wie sie z.B. Univ.-Prof. i.R. Mag. DDr. Oliver Rathkolb vertritt, der weltanschaulich dem SPÖ-Vor- und Umfeld zugeordnet wird und lange Jahre auch Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte an der Universität Wien gewesen war. Im Lauf der Jahrzehnte hatte er seine Interpretation der Fakten zum besagten Themenkomplex disseminiert. Jüngere Zeithistoriker aus seiner Denkschule suchten seine Thesen zu verfeinern und abzustützen. Auch deren politische Verortung ist in vielen Fällen unübersehbar. So leitet einer der rührigsten Dollfuß-Betrachter aus diesem Kreis das Institut für historische Sozialforschung, das vom Gewerkschaftsbund und der Arbeiterkammer Wien getragen wird. Zu dieser Ausrichtung des Gedenkverein-Papiers passte auch die Auswahl des Museum Arbeitswelt Steyr für die partizipative Arbeit. Sollte diese womöglich mehr auf Betreutes Denken als auf eine offene Diskussion hinauslaufen? Kuriosität am Rande, die aber viel über die Verfasstheit der Konzeptgruppe aussagt: in einem Vorkonzept findet sich die Überlegung einer Partnerschaft von „MERKwürdig“ mit der Stiftung Wannseeforum Berlin. Offenbar stellt sich die Projektgruppe ungern der Tatsache, dass Kanzler Dollfuß mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun hat, vielmehr sogar dessen Opfer war. Damit hier kein Raum für absichtliche Fehlinterpretationen bleibe: Die genannten Organisationen und Personen sind durchaus achtbar, aber für ideologiefreie Betrachtungsweise stehen sie nicht als erstes.

Ebenso verhält es sich mit den Urhebern des Konzeptes. Alle drei sind dem weltanschaulichen Milieu des Wiener Zeitgeschichte-Instituts verbunden, wobei ihre Arbeitsschwerpunkte bisher nicht unbedingt auf der Ersten Republik gelegen waren. Einer von ihnen lässt zudem den Studienabschluss vermissen, zeichnet sich aber durch Mitgliedschaft und Mitarbeit beim Bruno-Kreisky-Forum aus,[3] in dessen Dunstkreis auch die involvierte Historikerin projektbezogen gearbeitet hat. Auch hier sei angemerkt: die genannte Organisation ist eine höchst achtbare, aber sie als ideologisch nicht gebunden zu bezeichnen, wäre unzutreffend. Der Obmann des Vereins wiederum kann als Germanist und Theaterwissenschaftler in Bezug auf historische Themen ohnehin nur als fachfremd bezeichnet werden.

Angesichts eventuell mangelnder Sachkompetenz in der Dollfuß-Thematik – darüber hatte erst recht noch niemand im Gedenkverein gearbeitet – war es ein sinnvoller Schritt, einen wissenschaftlichen Beirat zu installieren. Dieser bestand aus sieben Personen, die sich als Experten bzw. Expertinnen in den Bereichen der Geschichts- und Kulturwissenschaft sowie der musealen Vermittlungsarbeit profiliert hatten. Unglücklicherweise erfolgten die Berufungen ▶

3 Kreisky Archiv unter https://www.kreisky.org/top/wir-ueber-uns/team/remigio-gazzari.html und Kreisky Archiv, erinnerungsort wien, unter https://www.erinnerungsort.at/kontakt.html , Zugriffe 28. April 2025.

entsprechend der weltanschaulichen Ausrichtung des Gedenkvereins. Neben einzelnen neutralen Personen wurden mehrheitlich andere hinzugezogen, die den linken Narrativ mittrugen bzw. sogar weiter ausbauten. In Gestalt von Lucille Dreidemy, seit Herbst 2024 Professorin für Zeitgeschichte am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, wurde zudem exakt eine Person aufgeboten, von der bekannt war, dass sie das Museum nach Möglichkeit aufgelöst sehen wollte.

Zur Sinnhaftigkeit der Umsetzung

Abgesehen von der merkbaren Schlagseite, was die Dollfuß-Betrachtung angeht, wies das Konzept eine weitere kapitale Schwäche auf. Das ins Auge gefasste Procedere des Abbaus war ein absichtsvoll aufwändiges. Bis 2028 würden nicht weniger als 377.500 Euro vom Gedenkverein und seinem Umfeld verschlungen sein. Die Vorstellung, dass ein öffentlicher Auftraggeber eine derartige Summe aufwenden sollte, damit am Ende *kein* Museum mehr existiert, ist eine unsinnige. Wer das jährliche Budget kennt, das z.B. seitens des Landes Niederösterreich für die Gesamtheit der kleinen Museen im Land zur Verfügung steht, kann nachvollziehen, dass die so kostenintensive Dekonstruktion eines Museums gegenüber allen konstruktiven Museumsbetreibern schwer argumentierbar ist. Vielleicht wäre es auch sinnvoll gewesen, wenn der Gedenkverein versucht hätte, in Optionen zu denken. Soll heißen, mehrere Wege zu skizzieren, von der Überarbeitung über eine Neukonzeption bis hin zur Auflösung.

Und auch inhaltlich hätte es sich gelohnt, in Optionen zu denken. Wenn das Ziel der „MERKwürdig"-Gruppe eine wissenschaftlich saubere Aufarbeitung gewesen wäre, hätte es Sinn ergeben, die unterschiedlichen Positionen in der politisch-historischen Bewertung zuzulassen. In der ersten Sonderausstellung des Hauses der Geschichte Niederösterreich war dies exakt die Vorgehensweise der Kuratoren. Die Ausstellung befasste sich 2017/18 unter dem Titel „Die umkämpfte Republik" auf rund 550 m² Fläche mit der Geschichte Österreichs von 1918 bis 1938. Kuratoren waren Christoph H. Benedikter, der Verfasser dieser Zeilen, und Univ.-Prof. Stefan Karner. Im Zentrum des Ausstellungsraumes, der sich dem Geschehen von 1934 bis 1938 widmete, fand sich eine Installation, die höchst unterschiedliche Bewertungen des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes präsentierte. An den Wänden ringsum wurden die Fakten ohne Polemik geschildert. Der Besucher, die Besucherin sollte auf die Problematik aufmerksam werden und sich dennoch selbst ein Urteil bilden können. Eine solche Kombination von Ausgewogenheit und Vielstimmigkeit – mit der entsprechenden historisch-politischen Einordnung – hätte exakt der geistige Ausgangspunkt sein können für jenen diskursiven Prozess, den der Gedenkverein vorgeblich in Gang setzen wollte.

Zerrüttetes Verhältnis zu den Leihgebern

Die dritte Schwäche des „MERKwürdig"-Konzeptes bestand im vorgesehenen Umgang mit den Exponaten. Unter der Mithilfe von größeren Gruppen von Laien würden Ausstellungsobjekte aus den Vitrinen entfernt und Gegenstand von Workshops werden? Für die überwiegende Mehrheit der Besitzer dieser Exponate, die diese seinerzeit dem Museum geliehen hatten, eine beunruhigende Vorstellung. Zumal angesichts der weltanschaulichen Verfasstheit der „MERKwürdig"-Mitarbeiter nicht davon auszugehen war, dass für die Ausstellungsstücke besondere Wertschätzung bestand. Viel eher stand aus der Sicht der Leihgeber zu befürchten, dass die Exponate Requisiten bei der Aufführung der Texingtaler Variante eines antifaschistischen Karnevals würden.

Auch war das Verhalten der „MERKwürdig"-Gruppe gegenüber mehreren Leihgebern nicht dazu geeignet, deren Befürchtungen zu zerstreuen. Im Gegenteil verloren sich der Gedenkverein und einige der Beiräte im Aufbau und der Pflege von Feindbildern. Als die bevorzugten traten in der „MERKwürdig"-Geisteswelt zuverlässig der NÖ-Bauernbund, Dollfuß´ Studentenverbindung und die Familie des Kanzlers auf. Als Folge ging nicht nur bei diesen Leihgebern, sondern weit darüber hinaus bei zahlreichen anderen, jegliches Vertrauen verloren.

Im Dezember 2023 forderten daher einige maßgebliche Leihgeber den Bürgermeister von Texingtal auf, „sämtliche Leihgaben in ihrer Gesamtheit" an eine „Vertrauensperson" zu übergeben. Diese Person war der Leiter der Gruppe Kunst und Kultur der NÖ Landesregierung. Er würde, so der Gedanke, für die Sicherheit der Objekte, die Klärung der noch offenen Provenienzen und die ordnungsgemäße Rückgabe der Gegenstände garantieren. Dass die namentlich auftretenden Leihgeber die Herausgabe aller Leihgaben, also auch solcher, die nicht aus ihrem Eigentum stammten, verlangten, hatte eine spezifische Ursache: Nicht wenige Eigentümer hatten sich gegenüber dem Gedenkverein nämlich nicht mit Namen deklariert. Sie wollten von den aktivistisch anmutenden „MERKwürdig"-Historikern nicht verunglimpft und in die „faschistische" Ecke gestellt werden. Gerade für Menschen, die sich dem sozialdemokratischen Milieu zurechneten, keine verlockende Vorstellung.

Die Rettung der Exponate

Dem Wunsch vieler Leihgeber folgend ersuchte die Gemeinde Texingtal schließlich die Kulturabteilung, die Verantwortung für die Exponate zu übernehmen und das Museum zu räumen. Dieser Bitte kamen die Kulturabteilung respektive die Landessammlungen Niederösterreich Ende Jänner 2024 nach. Der Gedenkverein sah sein Projekt verunmöglicht und trauerte wohl auch den erhofften Sudsidien nach, immerhin mehrere hunderttausend Euro. Anders als aus dieser Emotion ist nämlich nicht nachvollziehbar, warum der Verein gegenüber zahlreichen Medien den Eindruck erweckte, die Sicherstellung der Exponate wäre überraschend, nachgerade überfallsartig, erfolgt. Natürlich hatte es keine Nacht-und-Nebel-Aktion seitens der Landessammlungen gegeben, wie dies auch ORF-Redakteure ungeprüft behaupteten. Vielmehr war dem Vereinsobmann Alexander Hauer die Rettungsaktion eine Woche vorher kommuniziert worden. Sollte er die Information nicht oder nicht in der ganzen Dimension an seine Mitstreiter weitergeleitet haben? Jedenfalls waren der Obmann und die nun verhinderten Kuratoren bei der Übergabe der Objekte durch die Gemeinde zugegen.

Die Quintessenz aus den geschilderten Vorgängen: Ein ideologisch einseitiges Konzept, das nach hohem Kostenaufwand genau *kein* Museum hinterlässt, ist nicht zur Umsetzung gelangt. Obwohl dies zu begrüßen ist, bleibt die ausgewogene Aufarbeitung des Dollfuß-Erste-Republik-Themas ein Desiderat der Forschung. Ob ein räumlich sehr beschränktes Museum wie jenes in Texingtal, das kaum von Besuchern frequentiert war, dies hätte leisten können, darf bezweifelt werden. Eine Überarbeitung der bestehenden Sammlung und deren Kontextualisierung wäre aber ohne Zweifel möglich und sinnvoll gewesen.

Der Chronist des Vorarlberger Kriegsendes 1945

Neben den im Freiheitskämpfer 74 und 75 vorgestellten Vorarlberger Priestern und Opfern der NS-Diktatur Carl Lampert und Franz Reinisch gibt es einen weiteren prominenten Geistlichen aus dem „Ländle“, der wegen seines frühen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in dessen Fadenkreuz geriet. Anders als die beiden Genannten überlebte Monsignore Georg Peter Schelling jedoch die NS-Diktatur.

Das Archiv der Diözese Feldkirch ehrte Monsignore Georg Schelling 2019 mit der ersten wissenschaftlichen Biographie über sein Leben. Der Freiheitskämpfer 57 (2020) berichtete darüber. Am 25. September 2025 steht Georg Schelling erneut im Mittelpunkt einer Publikation der Schriftenreihe des Archivs. Denn Schelling war der erste und bis 1975 einzige Autor einer Darstellung über das Kriegsende 1945 in Vorarlberg. Die Entstehungsgeschichte und die Wirkung dieses Buches wird in der neuen Archivpublikation untersucht.

Schon wenige Tage nach der Entlassung aus siebenjähriger (!) KZ-Haft in Buchenwald und Dachau am 10. April 1945 begann Schelling im Auftrag seines Bischofs Paul Rusch mit historischen Arbeiten über die Gräuel des Nazi Regimes. Im Sommer 1945 legte er als erster eine Studie über den Tod des seligen Tiroler Pfarrers Otto Neururer vor. Es folgte eine Arbeit über einen der ersten Vorarlberger KZ-Toten, den Gendarmeriebeamten Hugo Lunardon. Mit ihm war Schelling am 31. Mai 1938 mit dem ersten Transport aus Westösterreich als erster dortiger Priester in das KZ Dachau überstellt worden.

Journalistischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Dorthin brachte Schelling seine exponierte Stellung als Schriftleiter der größten Vorarlberger Tageszeitung, dem katholischen Vorarlberger Volksblatt. Auf diese Stelle hatte ihn Weihbischof Franz Tschann mit 15. Juli 1934, zehn Tage vor dem NS-Putsch in Wien, berufen. Schon zuvor war Schelling Korrespondent der Zeitung gewesen und hatte aus seiner Pfarre über die illegale NS-Propaganda berichtet und insbesondere deren Böllerangriffe im Winter 1933/34 scharf kritisiert.

Den Tod von Bundeskanzler Engelbert Dollfuss verurteilte er in einem Bericht über die Trauerfeier in Hohenems am 2. August 1934 als „ruchlose Ermordung“ und verwies auf die „grenzenlose Empörung“ und die „allgemeine Trauer über den Verlust dieses überragenden Führers“. In vielen weiteren Artikeln nahm Schelling hart gegen den Nationalsozialismus Stellung, kritisierte die Errichtung des KZ Dachau, die Enteignung von Klöstern oder die Abschaffung des Religionsunterrichts in NS-Deutschland.

Häftling im KZ Dachau

Nach seiner Einlieferung in das KZ Dachau hielt ihm der dortige Kommandant Theodor Eicke diese Artikel vor, beschimpfte ihn als gehässigen Gegner des Nationalsozialismus und verlangte von Schelling nicht nur, dass er die Namen seiner Zeitungskorrespondenten in Deutschland verrate, sondern auch, dass er von sich sage: „Ich bin ein Schwein, ich bin ein großes Schwein.“ Dabei wurde Schelling von SS-Rapportführer Lüttgemaier so heftig geschlagen, dass das Blut „nur so heruntergeronnen ist“.

1943 wählten ihn die katholischen Priesterhäftlinge als Nachfolger des Oberösterreichers Franz Ohnmacht zu ihrem Lagerkaplan im KZ Dachau. In dieser Funktion verblieb er bis zu seiner Entlassung zweiundeinhalb Wochen vor der Befreiung des KZ durch US-Truppen.

Schelling nach KZ Entlassung.

Journalistische Aufarbeitung des Kriegsendes 1945 in Vorarlberg

Mit Zulassung der Presse im befreiten Österreich Mitte November 1945 publizierte Schelling bis Ende des Jahres zahlreiche Artikel über die Ereignisse und Fakten der Befreiung Vorarlbergs von der NS-Diktatur im Vorarlberger Volksblatt. Nicht mehr als Chefredakteur, sondern als einfacher Korrespondent. 1947 legte er diese Artikelserie als Buch vor. Es blieb bis 1975 die einzige Monographie zu diesem Thema und gilt noch heute als Standardwerk zum Kriegsende in Vorarlberg.

Aus Anlass des Jubiläums „80 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs“ publiziert das Archiv der Diözese Feldkirch nun einen Sammelband, der Schellings Studie als ein Denkmal für das Kriegsende 1945 versteht und es aus unterschiedlichen Gesichtspunkten beleuchtet. Auch Studierende des historischen Instituts der Universität Bern arbeiteten an dieser Darstellung mit.

Wolfgang Weber

Bibliographischer Hinweis:

Daniel Marc Segesser, Michael Fliri, Wolfgang Weber (Hgg.): Schelling revisited. Beiträge zum Übergang vom Krieg zum Frieden in Vorarlberg 1945 (= Quellen & Untersuchungen. Eine Schriftenreihe des Archivs der Diözese Feldkirch 14), Feldkirch, Archiv der Diözese 2025, 280 Seiten, 25 Abbildungen. ISBN 978-3-901099-16-8.

Das Buch wird am 25. September 2025 um 19:00 Uhr im Palais Liechtenstein in Feldkirch vorgestellt. Der Eintritt ist frei.

Ingrid Altmüller

Widerstand gegen das NS-Regime in Leonfelden und Umgebung (OÖ).

Katholisch-konservativer Widerstand in „Oberdonau" (OÖ).

Das Buch bietet mehr, als der Titel verrät, denn die Autorin stellt die Ereignisse in ihrem Heimatbundesland in einen größeren Kontext. So leitet sie mit grundsätzlichen Überlegungen ein, welche Handlungen überhaupt als Widerstand zu verstehen sind. Letztlich plädiert sie für einen möglichst weitgehenden Begriff. Hinsichtlich der beteiligten Personen werden quantitative und qualitative Betrachtungen vorgenommen. Einerseits wird eine zahlenmäßige Eingrenzung der teilnehmenden Personen und der Opfer vorgenommen, andererseits werden die Widerstandskämpfer und -kämpferinnen hinsichtlich ihrer sozialen und ideologischen Struktur untersucht. Als nötigen Hintergrund werden die unterschiedlichen Einstellungen und Vorgangsweisen der österreichischen Bischöfe vor 1938, unmittelbar nach dem „Anschluss" und die folgenden Jahre in Erinnerung gerufen.

Im Hauptteil ihres Werks wendet sich Altmüller konkret Oberösterreich zu. Zunächst stellt sie die Einschränkungen und Verfolgungen der katholischen Kirche und ihrer Formationen durch das nationalsozialistische Regime dar. Dem lässt sie eine detaillierte Aufarbeitung des katholischen Widerstands in Oberösterreich folgen. Dabei fördert sie Überraschendes zu Tage, denn die Verbindungen zu den drei Gruppierungen der österreichischen Freiheitsbewegung waren bisher kaum bekannt. Diese hatten bereits ihren Zusammenschluss geplant, konnten diesen aber aufgrund ihrer Zerschlagung im Juli1940 nicht mehr umsetzen. Ihre leitenden Personen waren Roman Karl Scholz und Karl Lederer sowie Jakob Kastelic. Diese dritte Gruppe nannte sich „Großösterreichische Freiheitsbewegung". Ihr gehörte auch der frühere Leutnant Dr. Johann Blumenthal an. Dieser hatte gute persönliche Kontakte zum etwa acht Kilometer donauaufwärts von Linz gelegenen Zisterzienserstift Wilhering. So war er ein enger Freund des Abtes Josef Fazeny (Pater Gabriel). Dieser verstarb allerdings am 3. Oktober 1938. Die guten Beziehungen liefen jedoch weiter über Florian Rath (Pater Gebhard), einem Studienfreund Blumenthals. Dieser wurde zur entscheidenden Person der Untergruppe der „Großösterreichischen Freiheitsbewegung".

Florian Rath wurde am 13. April 1902 in Gramatstetten geboren. Er legte 1926 seine Profess im Stift Wilhering ab und wurde 1927 zum Priester geweiht. Danach studierte er an der Universität Wien Geschichte und wurde 1931 mit einer Dissertation über die Gründungsgeschichte seines Stifts promoviert. Dort wirkte er bis zu seiner Verhaftung im Juli 1940 als Archivar und Bibliothekar. Für seine Widerstandstätigkeit nützte er die Beziehungen des Klosters zu verschiedenen Pfarren (unter anderem auch Leonfelden). Er warb aber auch Verwandte und Jugendfreunde an. Die Verhaftungswelle, die über die Freiheitsbewegungen in Wien und Umgebung nach dem Verrat des Burgschauspielers Otto Hartmann hereinbrach, setzte sich in Oberösterreich fort. Sie betraf außer Pater Gebhard noch fünf weitere Patres des Stifts Wilhering. Der in die Widerstandstätigkeit nicht eingeweihte Abt Petrus Burgstaller (Pater Bernhard) wurde erst im November 1940 bei einem Aufenthalt in Wien verhaftet. Wie viele Mitglieder der Freiheitsbewegungen

wurde er ins Zuchthaus Anrath gebracht, wo er am am 1. November 1941 an Unterernährung verstarb. Die anderen verhafteten Patres aus Wilhering verbrachten ebenfalls qualvolle Haftzeiten, überlebten aber die nationalsozialistische Herrschaft. Die Enttarnung der Widerstandsgruppe nützte das NS-Regime als Vorwand, um das Stift am 16. November zu beschlagnahmen,

Von der Verfolgung waren jedoch auch die Laien betroffen, die in dem vor allem von Florian Rath aufgebauten Netzwerk an Widerständlern tätig gewesen waren. Zu den Mitgliedern zählte u. a. Florian Raths Bruder Josef, der, wie auch andere, Handwerker war, aber auch Selbständige und Angehörige katholischer Studentenverbindungen waren vertreten. Zum Unterschied von der Gruppe in und um Wien waren keine Frauen beteiligt. Zu den Widerständlern zählte auch Ferdinand Weinberger, Sekretär des Linzer Bischofs Johannes Maria Gföllner, der sich schon früh kritisch zum Nationalsozialismus geäußert hatte. Auch andere Angehörige der „Wilheringer Gruppe" waren als Christlichsoziale, Bauernbundfunktionäre und im „Ständestaat" Aktive antinationalsozialistisch vorgeprägt.

Florian Raths weiterer Lebensweg blieb außergewöhnlich. Nach seiner Verhaftung am 26. Juli 1940 wurde er die nächsten Jahre in verschiedene Gefängnisse gebracht, unter anderem auch ins Zuchthaus Anrath. Nach vierjähiger Untersuchungshaft wurde er im Prozess vor dem Volksgerichtshof wegen „Vorbereitung zum Hochverrat" zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Erst am 29. April 1945 wurde er von amerikanischen Truppen befreit.

Er kehrte jedoch nicht ins Kloster zurück, sondern trat aus dem Orden aus und ließ sich laisieren. Er gründete eine Familie und wurde im Oberösterreichischen Landesarchiv und danach im Staatsarchiv tätig. Dieses leitete er als Generaldirektor von 1956 bis zu seiner Pensionierung 1968.

PM

Besuch der Feiern zum 81. Jahrestag des 20. Juli 1944 in Berlin.

Zum Auftakt wurden die weit über 100 Gäste von der Stadtregierung im Roten Rathaus empfangen. Ins historische Detail ging dann der Leiter der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ (Bendlerblock) Johannes Tuchel in der St. Matthäuskirche, einer nicht weit entfernten, vor 25 Jahren in ein „Musikinstrument“ mit Klangröhren umgewandelten Kirche. Nicht eine kleine Gruppe von Verrätern, wie von Hitler im Rundfunk verkündet, hätte diesen Staatsstreich versucht, sondern dahinter stand ein breites Spektrum von Militärs, Politikern, Theologen und Einzelpersonen in großer Zahl, wie bei den späteren Verurteilungen offenbar wurde. Sowohl seitens des Widerstandes als auch des Staatsapparates waren die Vorgangsweisen unprofessionell. So war einerseits die Unterbindung der Kommunikation aus dem Führerhauptquartier mangelhaft. Andererseits ist die Verwendung nur kleiner Truppenteile, der Einsatz von Speer als Chauffeur für Major Remer aus Goebbels Büro auf der Fahrt zur Bendlerstraße und die faktische Nichteinberufung eines Standgerichtes durch Generaloberst Fromm, dem Chef des Ersatzheeres, zu vermerken. Sodann gab der darum verdiente Historiker Tuchel die Übergabe seiner Funktion als Leiter der Gedenkstätte an Julia Spohr, der bisherigen Bundesbeauftragten für das Stasi-Archiv in Dresden bekannt.

Der 20. Juli selbst begann mit einer gemeinsamen Feierstunde der Bundesregierung und der Stiftung in Berlin-Plötzensee. Weltbekannt ist das Bild dieser Hinrichtungsstätte, an deren Fleischerhaken noch kurz vor Ende des Krieges grausame Hinrichtungen von Bonhoeffer bis Canaris stattfanden (Abb.1). Verzeichnet werden hier 2.800 Ermordete aus 20 Ländern angeführt, von Deutschland mit 1449, an fünfter Stelle steht schon Österreich mit 89. Nach Grußworten des regierenden Bürgermeisters Kai Wegner sprach der als Schauspieler und Autor ausgewiesene Matthias Brandt. Er schilderte, wie sein Vater, der deutsche Kanzler Willy Brandt, schon früh sich der Arbeiterbewegung widmete und mit Julius Leber, der hier in Plötzensee hingerichtet wurde, Ernst Reuter und anderen in Verbindung kam. In seinem Exil in Stockholm traf er auch Österreicher wie den Psychoanalytiker Wilhelm Reich und nicht zuletzt den nachmaligen Bundeskanzler Bruno Kreisky. Dies weist eindrücklich auf Tüchels Beschreibung der Breite des Widerstandes hin. Beim ökumenischen Gottesdienst durch Intendanten Carsten Bolz und den Jesuiten Klaus Mertes wies dieser auf die im Römerbrief erwähnte Umsetzung von Bedrängnis, zu Geduld, Bewährung und schließlich zur Hoffnung als Ausdruck der aus diesen Schicksalen resultierenden Botschaften für die Nachwelt hin. Totengedenken und Kranzniederlegungen durch Vertreter des Bundestages, der Ministerien und anderer Körperschaften folgten.

Am Nachmittag fand am, dem Bendlerblock nahegelegenen Paradeplatz des Verteidigungsministeriums, das für den 20. Juli angesetzte feierliche Gelöbnis statt. Minister Boris Pistorius betonte die Bedeutung der damaligen Ereignisse für die Rekruten, sie sollten für die Sicherheit des Staates eintreten, aber auch auf dessen Schutz und Unterstützung bauen können (Abb.2). Der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Stephan Harbarth erinnerte daran, dass über dem Gesetz noch die individuelle Gewissensentscheidung steht. So wurde durch die Gegenüberstellung von Justiz und Exekutive exemplarisch das damalige Versagen des NS-Staates und als Rettung die Umsturzbewegung dargestellt.

Gmeinsam mit den Grazer Kameraden und Leopold Strobel verfolgten wir den imposanten Aufmarsch des Wachbataillons und des Stabsmusikkorps. Das Programm wies als Komponisten der deutschen Nationalhymne Joseph Haydn aus. Aber auch die anschließend gespielte Europahymne hatte Österreichbezug.

Den Abschluss fanden die Feierlichkeiten in der in den 60er Jahren erbauten großen, modernen Gedenkkirche „Maria Regina Martyrum“ unweit von Plötzensee. Diese Veranstaltung wandte sich an die Jugend und die Botschaft für die heutige Zeit. Zu zeitgenössischer Musik rezitierten Studierende des „Alfred Delp Studiennetzwerkes“ Texte von Nelson Mandela bis Julian Assange. Bei der nachfolgenden Begegnung vor dem Klosterladen an diesem wunderbaren Sommerabend konnte festgestellt werden, dass diese furchtbaren, viele Opfer fordernden Vorgänge auch viel Gutes zur Folge hätten. Und das sollte wohl auch die Botschaft für den regelmäßigen Besuch dieser Gedenkveranstaltungen sein.

Univ.Prof. Mag. Dr.
Franz X. Lackner ■

P.S.: Durch Vermittlung unseres Landesverbandes Steiermark – Organisation Herr Dr. Strobl – nahm seitens der Bundesorganisation diesmal auch Herr Univ.Prof. Dr. Franz Lackner an den Feiern zum 81. Jahrestag des 20. Juli 1944 in Berlin teil. Er schloss sich damit den steirischen Teilnehmern an.

Österreichisches **Jahrbuch für Politik 2024**

Seit 48 Jahren versorgt das „Österreichische Jahrbuch für Politik“ Meinungsbildner, Profis, Beobachter der politischen Szene, Journalisten und alle an der Politik Interessierten mit Informationen über das politische Geschehen in Österreich und der Welt. Der Jahrgangsband bildet in mehr als 50 Beiträgen auf rund 650 Seiten das politische Geschehen des Jahres 2024 ab. „Ist die Zeit aus den Fugen?“, fragen die Herausgeber Andreas Khol, Wolfgang Sobotka, Stefan Karner, Bettina Rausch-Amon und Günther Ofner im Vorwort der Herausgeber und thematisieren damit eine weitverbreitete Stimmungslage. Der Grundton der veröffentlichen Meinung und der politischen Debatten war pessimistisch, die Zeichen der politischen Ordnung standen Bewältigung der sogenannten Polykrise. Neben globalen Kriegen und Konflikten war viel von der Krise der Demokratie die Rede, vom Bröckeln der bewährten Volksparteien links und rechts der Mitte und vom Vertrauensverlust der Regierungen, die ihre Abwahl befürchteten. Aber Angst ist nie ein guter politischer Ratgeber, wie die Analyse der Nationalratswahl 2024 von Wahlforscher Franz Sommer zeigt. Vielmehr haben die Wählerinnen und Wähler auf Grundlage konkret wahrnehmbarer Änderungen.

Die für die Wahlentscheidung relevante Themenlandschaft hat sich im Vergleich zur Nationalratswahl 2019 grundlegend verschoben. Dominierte vor fünf Jahren noch der Klimawandel die thematischen Prioritäten, gaben die Befragten 2024 aus einer umfangreichen Liste mit Antwortvorgaben am häufigsten Inflations- und Migrationsthemen an, wie beispielsweise die hohen Preise im Supermarkt, die hohen Kosten für Strom und Gas oder der Unwille vieler Migranten, sich unserer Lebensweise anzupassen bei gleichzeitig überproportionaler Inanspruchnahme von Sozialhilfe. Bei der Wahlentscheidung ganz besonders beschäftigt haben die Befragten nach eigenen Angaben auch die wahrgenommenen Engpässe in Spitälern und Ambulanzen. Nicht wahlentscheidend waren hingegen die hohe Staatsverschuldung und die steigende Arbeitslosigkeit. Auch die Folgen des Klimawandels für Umwelt/Wirtschaft waren für die Wählerinnen nicht wahlentscheidend. Aufgrund dieser Motivationslage war das Ergebnis wenig überraschend: Erstmalig wurde die FPÖ stimmstärkste Partei, die ÖVP verlor mehr als 10 Prozent und wurde Zweiter. Die SPÖ stagnierte, da sie von ihrer Oppositionsrolle nicht profitieren konnte, die Grünen verloren kräftig und die NEOS gewannen leicht. Ausführliche Wahlanalysen der Europa- und Landtagswahlen sowie eine Diskussion der aktuellen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen aller fünf Parlamentsparteien bilden einen weiteren thematischen Schwerpunkt. Mehrere Beiträge zur Parteienforschung stellen sich die Frage, mit welchen ordnungspolitischen Maßnahmen die heimischen Parteien auf die Polykrise der Gegenwart antworten.

Weitere Beiträge beschäftigen sich mit den Folgen der Migration für das heimische Bildungssystem sowie der Bedeutung des islamischen Religionsunterrichts in Österreich. Außerdem werden die veränderten Strategien der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik anlässlich des Ukrainekrieges sowie die Nicht-

Österreichisches Jahrbuch für Politik 2024
Khol/Karner/ Ofner/ Sobotka/ Rausch-Amon (Hg.)
Verlag: Böhlau Verlag, Wien – Köln – Weimar 2025
ISBN: 978-3-205-22225-5
666 Seiten, mit zahlr. Tab. u. Graf., Paperback
Preis: 49 Euro

Ära Martin Kušei im Burgtheater analysiert. Ein weiterer Beitrag behandelt das neue Krisenvorsorgegesetz. Drei Beiträge untersuchen die Migration und ihre Folgen, die Anwältin Linda Poppenwimmer stellt den Ideologiestreit um die ausgebliebene Justizreform dar. Aufrüttelnd die Beiträge von Jugendforscher Bernhard Heinzlmaier und Schuldirektor Christian Klar zum Versagen der Integration im Pflichtschulbereich in Wien. Fragen der Wirtschaftspolitik stehen im Fokus von drei Beiträgen. Weitere Beiträgen beleuchten wichtige Einzelfragen, wie den Streit ums Renaturierungsgesetz, das Comeback von Leistung und Wettbewerb und die Zukunftsstrategie der ÖBB.

Als Klammer als dieser Beiträge dient der Anspruch der Herausgeber, das politische Geschehen Österreichs ganzheitlich abzubilden. Über parteipolitische Grenzen hinweg wird österreichische Zeitgeschichte für die Nachwelt auf hohem Niveau analysiert und dokumentiert. Intention des Jahrbuches ist es, verschiedene Themen in der Tiefe zu recherchieren, zu analysieren und vor allem zu debattieren. Jede demokratische Diskussion lebt von diesem Diskurs und deshalb ist das Jahrbuch ein wichtiger Beitrag zur politischen Kultur Österreichs. Die Herausgeber haben das Jahrbuch als Plattform für verschiedene Autoren aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft konzipiert.

Dr. Christian Moser-Sollmann

G E D E N K S T E I N

Rüdiger Bertossi

Rüdiger Maria Bertossi kommt am 25. Juli 1892 in Wien als ehelicher Sohn des Ministerialbeamten Roger Bertossi und Elvira, geborene Timolini, zur Welt. Er hat einen Zwillingsbruder. Nach der Schulbildung macht er eine Ausbildung zum Maschinisten und arbeitet danach in unterschiedlichen Betrieben. 1923 tritt er aus der katholischen Kirche aus.

Der überzeugte Österreicher tritt 1928 dem Wiener Heimatschutz bei. Als solcher bringt er illegale Nationalsozialisten zur Anzeige. Nach 1934 tritt Rüdiger Bertossi der *Vaterländischen Front* bei und tritt auch hier entschieden gegen den Nationalsozialismus auf.

Am 12. März 1938 muss Rüdiger Bertossi erleben, wie das unabhängige und freie Österreich mit dem Einmarsch der Nationalsozialisten untergeht. Am 5. Mai 1938 wird er von der Gestapo verhaftet und am 24. Mai 1938 in das KZ Dachau deportiert. Am 27. September 1938 kommt er von dort in das KZ Flossenbürg und wird am 2. März 1940 von dort wieder in das KZ Dachau rückübersteilt. Schleißlich erlangt er am 26. Juni 1942 wieder die Freiheit, muss sich aber in Wien an jedem 3. Werktag bei der Ortspolizeibehörde melden.

Nach seiner Haftentlassung macht Rüdiger Bertossi aus seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus weiterhin keinen Hehl. Daher wird er am 24. März 1944 wegen *'Vergehen nach dem Heimtückegesetz'* in Untersuchungshaft genommen. Es kommt zu keiner Klage, Rüdiger Bertossi wird am 15. Juli 1944 entlassen und sofort zur Wehrmacht einberufen.

In der Kriegsgefangenschaft erlebt Rüdiger Bertossi die Befreiung Österreichs. Er engagiert sich danach in der neugegründeten *Österreichischen Volkspartei* (ÖVP) und in der *ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich.* 1947 heiratet er Anna Zimmel und wird Vater einer Tochter. Nach unterschiedlichen Anstellungen in Werkzeug- und Werkzeugmaschinenfabriken bzw. Wachdiensten geht er 1960 in Pension. Er verstirbt am 22. März 1969 mit 76 Jahren und findet seine letzte Ruhestätte am Friedhof in Wien-Neustift. ■

G E D E N K S T E I N

Obstlt. a.D. Dr. Johann Bernhard Wilhelm Ludwig Blumenthal

Johann Bernhard Wilhelm Ludwig Blumenthal kommt am 5. Juni 1895 in Wien als ehelicher Sohn des jüdischen Anwaltes Markus Blumenthal und der jüdischen Rosa, geborene Palester, zur Welt. Er besucht in Wien die Volksschule und das Gymnasium und maturiert 1913 mit Auszeichnung. Im gleichen Jahr konvertiert er zum katholischen Glauben und inskribiert Jus und Geschichte an der Universität Wien.

Am 30. Oktober 1914 tritt Johann Blumenthal in das k.u.k. Regiment der Tiroler Kaiserjäger ein und wird in der Folge an der österreichisch-ungarischen italienischen Front eingesetzt. 1916 wird er zum Leutnant und mit Kriegsende zum Oberleutnant befördert. Nach seiner Heimkehr beendet er sein Studium und absolviert zusätzlich die Prüfung zum Gerichtsdolmetscher in Englisch und Französisch. Danach fängt er im Kriegsarchiv des Österreichischen Staatsarchives an zu arbeiten, ist aber weiterhin dienstrechtlich Soldat des Österreichischen Bundesheeres.

1936 wird Johann Blumenthal Pressereferent im Bundesministerium für Landesverteidigung. Der überzeugte Gegner des Nationalsozialismus muss erleben, wie das freie und unabhängige Österreich mit dem Einmarsch der Nationalsozialisten untergeht. Noch am Tage der Besetzung Österreichs reicht er um seine sofortige Versetzung in den Ruhestand ein, damit er nicht bei der deutschen Wehrmacht als Offizier dienen muss. Diesem Antrag wird am 30. November 1938 stattgegeben.

Mit der Besetzung Österreichs wird die deutsche Gesetzgebung übernommen und damit auch die *'Nürnberger Rassengesetze',* nach denen Johann Blumenthal als *'Volljude'* gilt. Im Mai 1939 gründet er gemeinsam mit Hauptmann Rudolf Schalek eine Widerstandsgruppe, die sich im Dezember 1939 in der *,Großösterreichischen Freiheitsbewegung'* unter dem Widerstandskämpfer *Jakob Kastelic* anschließt. Mit der Mitgliedsnummer 8 ist er Mitglied des Exekutiv-Ausschusses und Militärreferent. Er engagiert sich aktiv für die Aufbauarbeit in Wien und in Oberösterreich, wo er intensiv mit *Gebhard Rath* zusammenarbeitet. Darüber hinaus ist er ▶

für die Beschaffung von Sprengmitteln und Munition für Sabotageakte zuständig.

Ab Juli 1940 werden gut 300 Personen dieser Widerstandsgruppen vom Burgschauspieler Otto Hartmann verraten (Otto Hartmann wird in der Folge 1947 zu lebenslanger Haft verurteilt und 1957 begnadigt) und Johann Blumenthal am 23. Juli 1940 verhaftet. In einem Verfahren vor dem Volksgerichtshof wird er 1941 wegen ‚Vorbereitung zum Hoch- und Landesverrat' zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, welche er in den Zuchthäusern Anrath und Krefeld verbringt. In dieser Zeit wird er so schwer misshandelt, dass er eine lebenslange 60-prozentige Erwerbsminderung davonträgt. Am 22. Jänner 1944 wird er in das *KZ Auschwitz* deportiert. Unmittelbar vor der Befreiung des Konzentrationslagers schafft er es am 25. Jänner 1945 zu fliehen und sich durch die deutschen Linien in Sicherheit zu bringen.

Am 20. Dezember 1945 gelingt es Johann Blumenthal in seine Heimatstadt Wien zurückzukehren. Am 16. Februar 1946 wird er rehabilitiert und tritt wieder seinen Dienst im Österreichischen Staatsarchiv an. 1948 heiratet er Angela Leopoldine Luise Sagaster, geborene Rezab und engagiert sich in der *Österreichischen Volkspartei* (ÖVP) und in der *ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich.*

1950 geht er aufgrund der gesundheitlichen Schädigungen, die er im Rahmen seiner Haft erlitten hat, in den vorzeitigen Ruhestand. Er verstirbt am 29. April 1964 kinderlos in Baden bei Wien. Seine Ehefrau überlebt ihn um 11 Jahre. ■

Generalversammlung
Kärnten am 4. Juli 2025

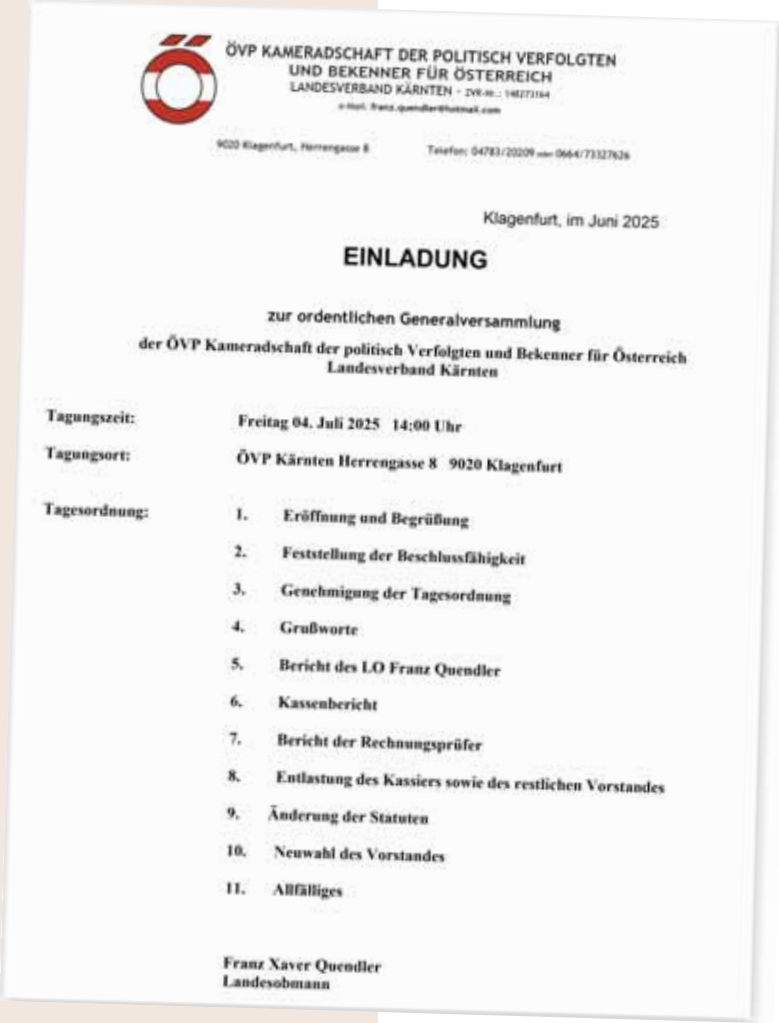
Die diesjährige Generalversammlung unseres Landesverbandes hatte als wichtigsten Tagesordnungspunkt die Neuwahl des Vorstandes. Bundesobmann Dr. Norbert Kastelic nützte seine Teilnahme, um allen Funktionärinnen und Funktionäre seinen Dank für Ihre Tätigkeit auszusprechen. Dies galt insbesondere für die überaus beeindruckende Feierstunde zum Gedenken an Frau Maria Stromberger im Fladnitztal im Herbst 2024. Dabei hob er Landesobmann Franz Xaver Quendler und den Festredner Dr. Rudolf Dörflinger hervor. Die Veranstaltung war ein leuchtendes Beispiel für unsere Kameradschaft.

Unser langjähriger Obmann in Kärnten Franz Xaver Quendler, der die ÖVP Kameradschaft in schwierigen Zeiten übernommen hat und die Landesorganisation Kärnten wieder zu einer aktiven Landesorganisation aufgebaut hat, stand für eine Neuwahl nicht mehr zur Verfügung. Wir wollen ihm für seine langjährige Tätigkeit im Sinne unserer Gemeinschaft ganz herzlich danken und wünschen ihm weiterhin alles Gute.

NK ■

Die Neuwahl erbrachte folgendes Ergebnis:

Obmann: HR MMag. Dr. Rudolf Dörflinger
1. Obmann-Stv.: Univ.-Prof. i. R. Mag. Dr. Werner Drobesch
2. Obmann-Stv.: Daniel Hornbogner, BA
Schriftführer: Univ.-Prof. i. R. Mag. Dr. Werner Drobesch
Kassier: Georg Michael Lexer, BSc



ÖVP KAMERADSCHAFT DER POLITISCH VERFOLGTEN
UND BEKENNER FÜR ÖSTERREICH
LANDESVERBAND KÄRNTEN

9020 Klagenfurt, Herrengasse 8 Telefon: 04783/20209 oder 0664/7332762a

Klagenfurt, im Juni 2025

EINLADUNG

zur ordentlichen Generalversammlung
der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich
Landesverband Kärnten

Tagungszeit: Freitag 04. Juli 2025 14:00 Uhr
Tagungsort: ÖVP Kärnten Herrengasse 8 9020 Klagenfurt

Tagesordnung:
1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Genehmigung der Tagesordnung
4. Grußworte
5. Bericht des LO Franz Quendler
6. Kassenbericht
7. Bericht der Rechnungsprüfer
8. Entlastung des Kassiers sowie des restlichen Vorstandes
9. Änderung der Statuten
10. Neuwahl des Vorstandes
11. Allfälliges

Franz Xaver Quendler
Landesobmann

Aus unserer Organisation

Als Bundes- und Wiener Landesobmann gratuliert Dr. Norbert Kastelic MMag. Markus Figl herzlich zur Obmannschaft der Wiener ÖVP. Er verbindet damit die Hoffnung, dass der Bezirksvorsteher der Inneren Stadt in dieser Funktion auch die Jugend verstärkt ansprechen kann. Auf die Unterstützung der ÖVP Kameradschaft kann Figl jedenfalls zählen, schließlich ist er schon lange als Landesobmannstellvertreter unserer Organisation tätig.

Unsichtbare Opfer

Registerbücher des Strafvollzugs als Zeitkapseln der Erinnerung

Auf dem Gebiet des heutigen Österreich unterhielt das Reichsjustizministerium in den Jahren 1938-1945 insgesamt 25 Vollzugseinrichtungen mit einer Belegungskapazität von rund 8.200 Personen.[1] Details zur Gesamtzahl aller männlichen und weiblichen Häftlinge, die in diesem Zeitraum in einer dieser Anstalten in Untersuchungs- oder Strafhaft interniert worden waren, konnte die Forschung bisher nicht liefern. Es dürfte sich in Summe aber um mehrere Zehntausend Menschen handeln, sowohl Staatsangehörige des Deutschen Reiches als auch ausländische Bürger:innen.[2] Die Bandbreite der Haftgründe erstreckte sich über das gesamte Spektrum krimineller und politischer Delikte.

Unabhängig vom Delikt kam es unter den zu Freiheitsstrafen Verurteilten während der Internierung zu zahlreichen Todesfällen. Allein in der größten Vollzugsanstalt in den Alpen- und Donaureichsgauen, dem Zuchthaus Stein, starben zwischen 1941 und 1945 von den dort inhaftierten rund 4.500 Personen mindestens 124 Gefangene an den Folgen chronischer Erkrankungen, unzureichender Verpflegung, Arbeitsunfällen oder bei alliierten Luftangriffen.[3] Weitere Steiner Häftlinge wurden in einem Endphaseverbrechen ermordet: das Massaker von Stein forderte bis zu 500 Menschenleben.

Quelle: NÖLA, Album Männerstrafanstalt Stein, 1935.

Stein – Anstaltsspital und westlicher Spazierhof

Das Justizvollzugssystem gilt allgemein als wenig erforscht, was zum Teil der schwierigen Zugänglichkeit von Primärquellen zuzuschreiben ist. Ebenso geringe Aufmerksamkeit erfuhr daher eine personenbezogene Auswertung des Schicksals der Insassen der Vollzugsanstalten. Hierfür bieten sich drei zentrale Quellen an:

1. Verfahrensakte der Beschuldigten an den zuständigen Gerichten.

2. Individuelle Häftlingsakte mit erkennungsdienstlichen Unterlagen der betreffenden Person und Urteilsabschriften. Diese Akte „begleitete" den Gefangenen auf seinen Stationen innerhalb des Vollzugssystems und wurde bei Überstellungen an andere Anstalten mitgeschickt.

3. Gefangenenregister in den Vollzugsanstalten, wo sämtliche Zu- und Abgänge samt biografischen Daten und Informationen zum verurteilenden Gericht sowie Delikt und Umfang der Strafbemessung dokumentiert wurden.

Untersucht man nun die Zugänglichkeit der drei Quellen für Forschende oder Opferverbände, so ist das Ergebnis in Österreich leider ernüchternd.

Verfahrensakte, die nicht in Verbindung mit sehr eng gefassten politischen Delikten standen (Vorbereitung zum Hochverrat), wurden in vielen Fällen skartiert.

Was die Häftlingsakten aus dem Vollzug betrifft, lässt sich aufgrund des rudimentären Forschungsstands keine Aussage über deren quantitativen Erhaltungszustand treffen. Mit Blick auf das Zuchthaus Stein ist festzuhalten, dass dieser Aktenbestand vor der Auflösung der Anstalt am 5. April 1945 in den Heizkesseln des Hauses vernichtet wurde.

Bleiben eigentlich nur noch die Gefangenenregister in den einzelnen Vollzugsanstalten. Von den vorab genannten 25 Haftanstalten sind lediglich in zwei Fällen Registerunterlagen in öffentlichen Archiven einsehbar. Dies betrifft die Bestände der Justizanstalt Karlau im Steiermärkischen Landesarchiv und die Registerbände der Justizanstalt Stein (dem vormaligen Zuchthaus) im Niederösterreichischen Landesarchiv.

1 Die genannte Zahl bezieht sich auf das Jahr 1944 und berücksichtigt nicht die vorhandenen Arrestplätze in den damaligen Amtsgerichten (heute Bezirksgerichte).

2 Damit sind einerseits Menschen aus mit dem Dritten Reich verbündeten Ländern gemeint, andererseits auch Angehörige von Staaten, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden beziehungsweise von der Wehrmacht besetzt wurden.

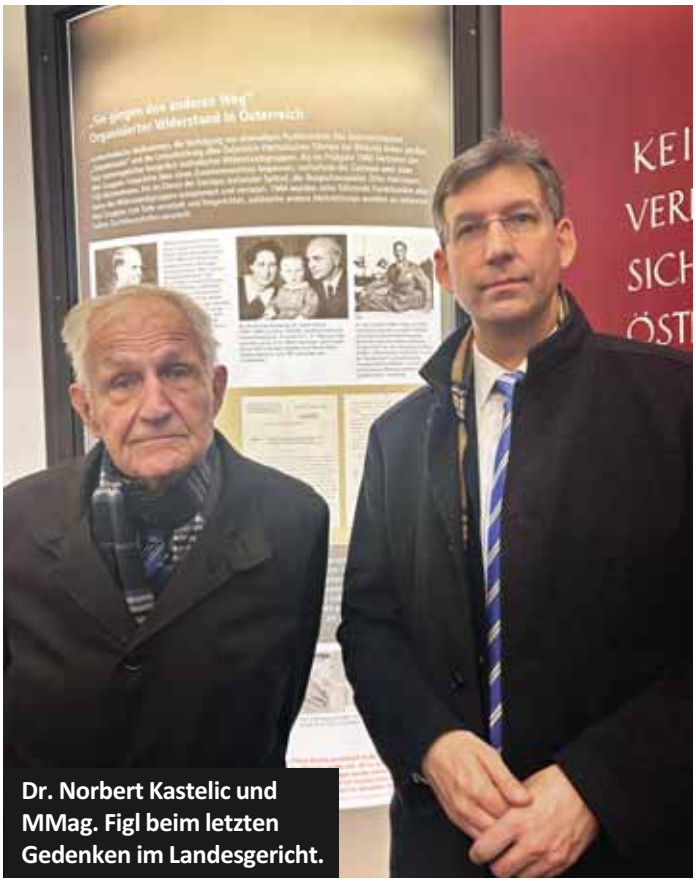
3 Karl Reder, Tod an der Schwelle zur Freiheit, Das Zuchthaus Stein an der Donau während der Zeit des Nationalsozialismus und die Ermordung von Häftlingen im April 1945, Graz 2024, S. 134.

Bei Verlust der Verfahrens- und Häftlingsakte bleiben lediglich die Registerbücher, um die Opfer, ihre Namen und Schicksale wieder sichtbar zu machen. Dies betrifft insbesondere Personen, deren Verfahren außerhalb der Alpen- und Donaureichsgaue abgewickelt und die später lediglich zur Haftverbüßung in diesen Teil des Deutsch Reiches überstellt wurden.

Die Problematik soll anhand zweier Beispiele illustriert werden

Beginnen wir mit dem Schicksal des 25-jährigen Italieners Gennaro Fiumani [4]. Der aus Salerno stammende Automechaniker traf am 9. März 1945 im Zuchthaus Stein ein, nachdem er wegen eines Eigentumsdelikts von einem deutschen Militärtribunal zu einer 19-monatigen Zuchthausstrafe verurteilt worden war. Schon allein durch die Einschränkungen im Postverkehr in der letzten Kriegsphase gilt es als unwahrscheinlich, dass die Angehörigen Fiumanis in Italien über dessen Internierungsort Bescheid wussten. In seinem Fall gilt der Verfahrensakt als unauffindbar, der Häftlingsakt in Stein wurde vernichtet. Das einzige schriftliche Zeugnis über seinen zwangsweisen Aufenthalt in Stein stellen die Registerbücher dar. Im Chaos des Massakers am 6. April 1945 verlor sich die Spur von Fiumani.Sein Schicksal konnte bislang nicht geklärt werden. [5]

Als nächstes Beispiel sei auf den Schlosser Srboljub Janković [6] verwiesen. Der am 16. April 1916 in Belgrad geborene Mann erhielt von einem deutschen Militärgericht in Serbien am 1. Oktober 1943 eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren wegen Fahnenflucht. Das Delikt deutet darauf hin, dass Janković im Dienste einer deutschen Militäreinheit stand, möglicherweise als Zwangsarbeiter. Näheres ist unbekannt, da auch in seinem Fall weder Verfahrensakt noch Häftlingsakt erhalten geblieben sind. Die Steiner Gefangenenregisterbücher dokumentieren allerdings die Einlieferung des Serben am 23. Februar 1945. Vermutlich hatte man ihn im Zuge des Rückzugs der Wehrmacht vom Balkan in eine Vollzugsanstalt im Reichsgebiet verlegt. Wie bei seinem Kameraden Fiumani fehlt auch vom Janković nach dem Stein-Massaker jedes Lebenszeichen. Beide dürften mit hoher Wahrscheinlichkeit ermordet worden sein.



Dr. Norbert Kastelic und MMag. Figl beim letzten Gedenken im Landesgericht.

Nicht nur aus Sicht der Forschung, sondern auch der Erinnerungsarbeit, wäre es hilfreich, eine Bestandsaufnahme vorhandener zeithistorisch wertvoller Gefangenenregister innerhalb der österreichischen Justizanstalten durchzuführen und auf Basis der Ergebnisse weitere Maßnahmen zur rechtskonformen Zugänglichkeit für historische Zwecke zu setzen.

Auch wenn durch Kriegseinwirkung oder späterer Skartierung vieles verloren gegangen ist, zeigt uns das Beispiel der nunmehrigen Justizanstalt Stein, dass wichtige Zeitdokumente bis in die Gegenwart erhalten geblieben sind. Der Dialog mit den zuständigen Behörden zum Sichtbarmachen der Opfer wäre auch für die Opferverbände von großem Wert.

Mag. Karl Reder

Der Autor hat Handelswissenschaften, Ur- und Frühgeschichte studiert. Er beschäftigt sich mit dem Themenkomplex „Stein" seit mehreren Jahren und hat neben lokalhistorischen Studien dazu verschiedene Beiträge veröffentlicht.

Die Novembergedenken werden dieses Jahr am 31.10.2025 stattfinden:

Gedenkkundgebungen zum Andenken an die Opfer der NS-Herrschaft

09:00 Uhr Im Amtshaus Floridsdorf Am Spitz, 1210 Wien
10:30 Uhr Im Landesgericht für Strafsachen, Hinrichtungsraum – 1080 Wien, Landesgerichtsstraße 11
12:00 Uhr Am Morzinplatz – 1010 Wien, Salztorgasse 6

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Kuratorium der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, 1080 Wien, Laudongasse 16
Tel: 01/406 11 44
Chefredaktion: Mag. Paul Mychalewicz (PM)
Mitarbeit: Dr. Norbert Kastelic (NK), Mag. Walter Tancsits (WT)
Organisation: Mag. Stephan Kastelic
Fotos: ÖVP Kameradschaft-Bund, Bundesheer/Hansjörg Raggl, Niederösterreichisches Landesarchiv
Satz/Umbruch: Tanja Pichler
Druck: druck.at

www.oevp-kameradschaft.at
office@oevp-kameradschaft.at

4 NÖLA, JA Stein, B0110 Zuwachs Buch Strafgefangene, Nr. 364/1944 bis Nr. 500/1946,-Nr. 1165/44.

5 Dazu trägt nicht zuletzt auch die restriktive Auslegung der Europäischen Datenschutzgrundverordnung durch die Republik Italien bei, die eine Recherche personenbezogener Daten aus der Verwaltung de facto ausschließlich für Familienangehörige der gesuchten Person erlaubt.

6 NÖLA, JA Stein, B0110 Zuwachs Buch Strafgefangene, Nr. 364/1944 bis 500/1946,-Nr. 1147/44.